

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Ausschuss“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Starbrücke 4/8, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht“, Neue Graupenstr. 5 und Neue Tafelstr. 11, sowie durch alle Aussträger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt. + 8 Pf. Trägerlohn + 0,50 Rmt. monatlich 1,75 Rmt. + 35 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rmt. Durch die Post einzahl. Zustellungsgebühren 2.46 Rmt.

Organ für die wertfällige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter 100 W. Stellenangebote 10 Pf., Familienangelegen., Stellenangebote, Vereinsk., Besammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das volle Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormitags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Starbrücke 4/8 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Pariser Gilbert bei Poincaré

Die Stellung der Washingtoner Regierung zur Reparationsfrage und dem interalliierten Schuldenproblem

Paris, 23. Juli. Pariser Gilbert ist von seinem Besuche in Dinard bei dem amerikanischen Staatssekretär Mellon, zurückgekehrt und ist von Poincaré zu längerer Unterhaltung empfangen worden. Damit nehmen die Beratungen während seines Pariser Aufenthaltes ihren bedeutsamen Fortgang.

In diesem Zusammenhang erscheint es nicht unangebracht, die Einstellung der Vereinigten Staaten und der Alliierten zum Damesplan, zur Reparationsfrage und dem interalliierten Schuldenproblem einer erneuten Prüfung zu unterziehen. In Deutschland wird allzu oft übersehen, daß die Vereinigten Staaten an der Regelung des Reparationsproblems nur indirekt interessiert sind, da sie den Frieden von Versailles nicht unterzeichnet und damit auf deutsche Reparationszahlungen verzichtet haben. Der Damesplan ist allerdings das Werk eines Amerikaners, jedoch einer Privatperson, da General Dawes aus eigener Initiative, ohne die Regierung von Washington mit seiner Verantwortung zu belasten, diese Vorschläge gemacht hat. Die Einstellung Washingtons geht daher dahin, daß Amerika sich in das gesamte Reparationsproblem nicht einzumischen habe. An die Schwierigkeiten der Transferezahlungen glaube man in Washington nicht. Man ist vielmehr überzeugt, daß Deutschland sich wirtschaftlich im Aufstiege befindet, was es ihm ermöglichen werde, die durch den Damesplan übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen.

Sehr anders wird in Washington die Frage der interalliierten Schuldenregelung beurteilt. Man weist immer wieder und gerade in letzter Zeit mit besonderem Nachdruck darauf hin, daß die Schuldenfrage zwischen den Vereinigten Staaten und England, und den Vereinigten Staaten und Italien abschließend geregelt worden sei. Auch mit Frankreich wäre schon eine ähnliche Regelung getroffen worden, die allerdings noch nicht Gesetzkraft

erhielt, da Poincaré es bisher vermieden habe, das sogenannte Mellon-Berenger-Abkommen den französischen Kammern vorzulegen. Immerhin bewies die von Poincaré bisher verfolgte Methode, trotz der noch fehlenden Ratifizierung des Abkommens die Annuitäten prompt zu bezahlen, daß auch die französische Regierung rechtlich keine Handhabe sehe, gegen das Mellon-Berenger-Abkommen aufzutreten. Man ist sich in Washington allerdings darüber klar, daß die französische Regierung nach Mitteln und Wegen sucht und ihre Bemühungen fortsetzen wird, um ein günstigeres Abkommen zustandezubringen. Man verschließt sich in Washington den französischen Erwägungen bisher aber reißlos. Wenn von französischer Seite aber immer wieder die Behauptung aufgestellt wird, daß die europäischen Mächte im Weltkrieg außerordentliche Verluste an Menschenleben zu beklagen hatten — Frankreich allein 1 1/2 Millionen Tote — und daß es daher ein Gebot der Billigkeit sei, wenn die Vereinigten Staaten auf die Rückzahlung der von ihnen vorgeschossenen Gelder verzichten, so hat man in Washington diesen Erwägungen gegenüber nur taube Ohren.

Auch eine neue Präsidentenwahl im März 1929 dürfte kaum etwas an der bestehenden Auffassung ändern. Die Amerikaner sind praktische Geschäftsleute und sentimentalen Erwägungen nur in geringem Maße zugänglich. Ihnen erscheint die Regelung der interalliierten Schuldenfrage als eine Angelegenheit, die ein für allemal geregelt wurde und daß es daher nicht angebracht sei, eine nach ihrer Auffassung gerechte Lösung erneut in Frage zu stellen. Man glaubt sich in führenden Finanzkreisen Americas auf den Standpunkt stellen zu können, daß die Washingtoner Regierung bereits alles getan habe, um ihren früheren Kriegsaliierten entgegenzukommen.

Der ausgehöhlte Pakt

Alle Antworten auf den amerikanischen Vorschlag eines Kriegsschlichtungspaktes liegen jetzt vor. Da sie alle „zustimmend“ sind, hat das Washingtoner Staatsdepartement sofort erklären lassen, daß die Unterzeichnung so schnell als möglich erfolgen sollte. Als Termin wird bereits der 28. August genannt, als Ort der Unterzeichnungszeremonie ist Paris in Aussicht genommen. Im allgemeinen pflegt die internationale Diplomatie nicht so schnell zu arbeiten — man vergleiche nur mit dem Schneltempo der Genfer Abrüstungsverhandlungen — und man wäre zunächst geneigt, sich über diese Eile der Amerikaner zu freuen. Aber diese Eile hat etwas Verdächtigendes. Sie bestätigt nur den Eindruck, den man von vornherein gewonnen hatte, daß es sich um eine Wahlpropaganda-Angelegenheit der Republikanischen Partei von Amerika handelt, die gern vor der großen Kraftprobe Hoover-Smith mit einer sensationellen Friedensgeste renommierten möchte.

Immerhin: obwohl aus weniger edlen Motiven entsprungen, könnte eine solche Geste nützlich sein und der Sache des Friedens dienen, und sie müßte deshalb im Interesse des Zieles von den internationalen Sozialisten unterstützt werden. Nach den vorliegenden Antworthinweisen der verschiedenen Mächte muß man allerdings sagen, daß der Gedanke des Kriegsschlichtungspaktes sehr erheblich entwertet ist. Sowohl die französische wie die englische Antwort enthalten solche Parabelhafte, daß man sich ernstlich fragen muß: was bleibt überhaupt noch von dem ursprünglichen Paktgedanken übrig?

Frankreichs Rolle in dieser Affäre war nicht gerade erhellend. Ursprünglich hatte der amerikanische Professor Shotwell dem französischen Außenminister Briand nahegelegt, die Initiative zu einem „Ewigen-Frieden-Vertrag“ zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten zu ergreifen. Briand griff den Gedanken mit Begeisterung auf, weil er sich davon einen moralischen Vorteil für sein Land versprach. Solange die französische Diplomatie glaubte, es würde sich nur um einen rein amerikanischen-französischen Antikriegsvertrag handeln, war sie Feuer und Flamme für diese ebenso billige wie platonische Geste. Als jedoch Washington den Vorschlag Briands aufgriff und auf alle Großmächte erweitern wollte, da wurde Paris auf einmal erheblich kühler. Aber es konnte nicht mehr Nein sagen, und während das amerikanische Staatsdepartement die Sache nun auf dieser neuen, erweiterten Basis weiter betrieb, sann Frankreich nach Vorbehalten. Daß es an seine Verpflichtungen aus dem Völkerbundsvertrag und aus den Verträgen von Locarno erinnerte, war berechtigt. Bedenklicher war der Hinweis auf seine sonstigen Verträge — gemeint sind die Allianzen mit den Staaten der Kleinen Entente und mit Polen —, die zwar beim Völkerbund registriert sind, von denen aber keineswegs sicher ist, daß sie dem Geist des Völkerbundes entsprechen. Sehr befremdend war endlich der betonte Vorbehalt, daß die Unterzeichner des Kriegsschlichtungspaktes das „Recht zur Selbstverteidigung“ behalten sollten, wobei jeder Staat auf eigene Faust darüber entscheiden könne, ob er zu kriegerischen Maßnahmen berechtigt sei.

England hat sich nun in seiner Antwort alle diese Vorbehalte zu eigen gemacht und noch einen weiteren Vorbehalt hinzugefügt: die Handlungsfreiheit Großbritanniens darf nicht beeinträchtigt werden, sofern „gewisse Gebiete“ in Frage kommen, „deren Wohlfahrt und Unversehrtheit ein besonderes Interesse für den Frieden und die Sicherheit“ des Britischen Reiches bildet. Mit dieser Anspielung auf Ägypten, Gibraltar, Indien usw. hat England aus Anlaß des Kelloggischen Vorschlages eine eigene Monroe-Doktrin aufgestellt, die es nun von allen deren Paktteilnehmern befristigen lassen will. Es konnte sich diesen Schachzug um so mehr leisten, als das gerade der schwache Punkt der Amerikaner selbst ist: denn die Washingtoner Regierung ging bei ihrem Vorschlag davon aus, daß sie volle Handlungsfreiheit zum Kriegsführen auf dem amerikanischen Kontinent behalten würde: nur daß sie Kanonenschiffe und Bombenschiffe in Nicaragua als „Polizeiaktionen zum Schutze der amerikanischen Bürger“ einsetzen...

Der einzige Staat, der dem Kriegsschlichtungspakt wirklich vorbehaltlos zugestimmt hat, ist Deutschland, dessen bloßer Hinweis auf die Pflichten und Rechte aus dem Völkerbundsstatut eine Selbstverständlichkeit war. Alle übrigen Mächte haben sich teils die französische, teils die englische Auslegung zu eigen gemacht. Viel bleibt demnach von dem ursprünglichen Paktgedanken nicht übrig. Dennoch erklärt sich die amerikanische Regierung für höchst befriedigt und sie drängt auf Abschluß. Offenbar befürchtet sie, daß eine längere Frist neue Herbeilegungen und neue Vorbehalte zur Folge haben könnte und daß dann die Republikanische Partei vor der Präsidentschaftswahl im November anstatt einen augenblicklichen Renommiererefolg eine außenpolitische Blamage büßen würde.

Der internationale Sozialismus steht dieser ganzen Angelegenheit kritisch und skeptisch gegenüber. Dennoch

Anschlußkundgebung in Wien

Eine Rede Löbes beim Sängerefest für das deutsche Selbstbestimmungsrecht

Das Wiener Sängerefest, eine Demonstration der kulturellen Zusammengehörigkeit der Deutschen aller Länder, hat mit einer mächtvollen Kundgebung für den Anschluß Österreichs an Deutschland geschlossen.

Der annähernd acht Stunden dauernde Festzug zeigte Gruppen aus dem Rheinland, der Rheinpfalz und aus dem Saargebiet. Die stärksten Kundgebungen riefen drei ältere Männer aus Südtirol hervor, die schweigend inmitten eines weiten Zwischenraumes im Zuge schritten. Dieses Heer von etwa 80 000 Sängern, das vor mehr als einer Million Zuschauern vorüberzog, marschierte unter Schwarzrotgold!

Im Rathaus hielt Reichstagspräsident Löbe eine bedeutungsvolle Rede für den Anschluß. Den Kern seiner Ausführungen bildeten die folgenden Sätze:

„Kann man auf die Dauer einem Siebzig-Millionen-Volk verbieten, was jedem anderen Volk erlaubt wird? Ebensovienig wie die italienische Einigung oder die Einigung der jugoslawischen Völker verhindert werden konnte, wird man verhindern können, daß das deutsche Volk sich das Selbstbestimmungsrecht erringt. Herr Bensch und Herr Marinkowitsch, wenn Sie dem deutschen Volke das Recht bestreiten, dann sagen wir Ihnen: Sie vernichten damit die Magna Charta Ihrer eigenen nationalen Existenz!“

Über den Rahmen eines Festes hinaus wird dies Sängerefest seine Bedeutung behalten als mächtige Kundgebung für Schwarzrotgold und den Anschluß!

Paris, 23. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der „Times“ widmet dem Wiener Sängerefest auch am Montag einen längeren Kommentar und nennt die Manifestation vom Sonntag eine ernste Warnung. Das Blatt erklärt, der Sinn der Ausführungen des Reichstagspräsidenten Löbe, der einer der eifrigsten Anhänger des Anschlußgedankens sei, könne nicht mißverstanden werden. Die neue Ordnung, die der Sieg der Alliierten geschaffen habe, sei in Gefahr, und der Friede in Mitteleuropa sei direkt bedroht. Darum sei es nicht zu verstehen, wenn das Ausland angesichts dessen gleichgültig bleibe, was Löbe „die große deutsche Republik der Zukunft“ nennt.

Paris, 24. Juli. Die Pariser Aufregung über die Anschlußdemonstration beim Wiener Sängerefest hat sich immer noch nicht gelegt. Zwar unternimmt es heute Rosenfeld im „Populaire“, die Anschlußbewegung aus dem Selbstbestimmungsrecht der Völker zu rechtfertigen, das beim Abschluß der Friedensverträge in allzu willkürlicher Weise verlegt worden sei. Die Pariser Presse bleibt deshalb doch bei ihrer Meinung, daß der Anschluß gleichbedeutend sei mit der Annexion Österreichs und der SA-

dung eines Großdeutschlands, welches Anwürfen dabei gerade die deutsche Sozialdemokratie ausgeht, zeigt am besten der heutige Kommentar des „Deutsche“: „Wir gehören nicht zu den Buchstaben-Gläubigen“, schreibt das Blatt, „aber wir verlangen als erste die strikte Wahrung der Verträge, wenn ihre Abänderung einen wiedererwachenden Nationalismus begünstigen sollte. Wenn es sich darum handelt, ein geeigneteres Europa zu schaffen, sind wir mit Deutschland. Handelt es sich aber darum, ein größeres Deutschland zustande zu bringen, dann sind wir dagegen.“

Kamele ausgeschifft

Wann folgen die anderen?

Der Leiter der Verfassungsabteilung im Reichsministerium des Innern, Ministerialdirektor von Kamele, hat am Sonnabend einen längeren Urlaub angetreten, von dem er nicht mehr in das Rote Haus am Platz der Republik zurückkehren wird. Kamele wurde seinerzeit, als Reudells glänzende Amtszeit begann, wegen seiner deutschnationalen und monarchistischen Gesinnung ausgerechnet in die Verfassungsabteilung des Reichsinnenministeriums berufen und an Stelle des verdrängten Ministerialdirektors Bracht gesetzt. Dort hat er sich echt deutschnational benommen. Jetzt hat auch das aufgehört.

Ein Familientag der Kamele, der Ende der vergangenen Woche in Berlin stattfand, hat es im Einverständnis mit dem bisherigen Leiter der Verfassungsabteilung im Reichsministerium des Innern für angebracht gehalten, an den Flüchtlings in Doorn ein Subsidienstelegramm zu richten. ER hat natürlich auf dieses Telegamm in der IFA eigenen Art großtuerisch geantwortet.

Fememörder Raphael entwichen

Der im Landsberger Fememörderprozess zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilte Oberleutnant Raphael, der auf Grund des Amnestiegesetzes aus dem Zuchthaus Sonnenberg nach Berlin-Legel überführt werden sollte, ist auf dem Hauptbahnhof Küstrin entwichen. Die Zuchthausstrafe war in Gefängnisstrafe umgewandelt und auf die Hälfte herabgesetzt worden. An sich wäre Raphael in Legel auf eine inzwischen eingetrossene Anordnung der zuständigen Staatsanwaltschaft hier sofort aus der Haft entlassen worden, da seine Strafe nach der Gefangenschaft durch das Amnestiegesetz als verbüßt galt. Raphael konnte bisher noch nicht aufgegriffen werden.

wird er dafür eintreten müssen, daß der Entwurf unterzeichnet wird. Denn ein Scheitern der ganzen Aktion würde von den Nationalisten und Militaristen aller Länder als Vorwand für eine neue Rüstungspropaganda benutzt werden. Umgekehrt müssen wir verlangen, daß der Kriegszählungspakt zum Ausgangspunkt einer großzügigen Abrüstungsaktion gemacht werde. Mit Recht hat Elond George dieser Tage in einer Rede erklärt, daß ein Kriegszählungspakt, dem nicht eine unverzichtliche Abrüstung folgen würde, eine bloße Farce bliebe. Gleichviel, aus welchen Motiven der Kriegszählungspakt von Amerika inzeniert wurde und gleichviel, mit welchem Maß von Ehrlichkeit die übrigen Mächte ihm zugestimmt haben, es ist das Interesse des internationalen Proletariats, aus dieser faulen Saße das Bestmögliche für den Frieden und für die Abrüstung herauszuholen.

Ein wichtiger Punkt bleibt zurzeit noch offen. Welche Mächte werden das Recht erhalten, dem Pakt beizutreten? Amerika scheint sich mit dem Gedanken zu tragen, allen Mächten den Beitritt zu gestatten. Schon im Laufe der Verhandlungen hat aber England einen unmißverständlichen Einspruch gegen eine Teilnahme Sowjetrußlands erhoben. Amerika hat auf diesen Einspruch nicht eindeutig reagiert. In ihrer letzten Antwort stellt nun die englische Regierung mit

Bestrebung fest, daß „alle Mitglieder des Bölkerbundes durch Zeichnung oder Beitritt Vertragsparteien werden sollen“. Sie hält also offenbar daran fest, daß Rußland nicht aufgefördert werden soll, dem Pakt beizutreten. Wir glauben aber, daß es im Interesse des Weltfriedens liegt, wenn gerade die Sowjetregierung eine Einladung zum Beitritt erhält. Es wäre für die Moskauer Nachbarn viel bequemer, wenn sie nicht eingeladen werden würden, denn dann könnten sie nicht nur den Antikriegspakt lächerlich machen, sondern ihn sogar als ein gegen Rußland gerichtetes Manöver hinstellen. Wenn sie dagegen zum Beitritt aufgefordert werden, dann müssen sie Farbe bekennen. Lehnen sie den Beitritt ab, dann vollenden sie ihre moralische Isolierung und machen sie sich vor der ganzen Welt kriegerischer Absichten verdächtig. Die Vereinigten Staaten schwanken noch. Obwohl sie die russische Sowjetregierung bisher nicht anerkannt haben, neigen sie dazu, ihr den Beitritt zu ermöglichen. Die deutsche Diplomatie hat nun die Aufgabe, die englischen Widerstände zu überwinden und den übrigen Mächten klar zu machen, daß es unbedingt im Interesse des Friedens liegt, wenn gerade Rußland aufgefordert wird, den Antikriegspakt zusammen mit den anderen Mächten zu unterzeichnen.

Die entscheidende Frage, weshalb Warming diese Monopolstellung erhalten hat, scheint trotz eingehendster Prüfung nicht geklärt zu sein.

Es verlautet weiter, daß die Kommission zu der Ueberzeugung gekommen ist, daß die geforderten und bewilligten Preise um ein Beträchtliches zu hoch gewesen sind, daß also für den gesamten Bedarf der Reichsbahn an Tenderlagerzügen Preise gezahlt worden sind, die bei genauer Prüfung hätten abgelehnt werden müssen.

Reichssteuerverteilung an die preussischen Gemeinden und Gemeindeverbände

Der Preussische Minister des Innern gibt durch den Amtlichen Preussischen Pressedienst folgende Steuerverteilungen bekannt:

- a) Einkommensteuer (7. Et. 1928, Abschlag für Juni und Juli) auf jeden Rechnungsteil
für die Gemeinden 0,40 M für Juni
0,40 M für Juli
insgesamt 0,80 M
für die Landkreise 0,07 M für Juni
0,07 M für Juli
insgesamt 0,14 M
für die Prov.-(Bez.)-Verbände .. 0,03 M für Juni
0,03 M für Juli
insgesamt 0,06 M

- b) Dotationen 7. Dot. 1928, Abschlag für Juni und Juli 1928)
Gesamtbetrag 1 300 000 M für Juni
1 300 000 M für Juli
insgesamt 2 600 000 M

Unter Zugrundelegung der bekanntgegebenen Schlüsselzahlen können sich die Gemeinden (Gutsbezirke) und Gemeindeverbände die ihnen zustehenden Steueranteile selbst errechnen.

Das neue Schanztättengesetz

Nachdem der Reichsrat seine Vorberatung des Entwurfs eines Schanztättengesetzes abgeschlossen hat, hat der Reichswirtschaftsminister diese Vorlage jetzt dem Reichstag zugeleitet. Der § 1 enthält eine Doppelerklärung über die Erlaubnis- und Bedürfnisfrage, da die Reichsregierung im Gegenjag zum Reichsrat auf ihrem Standpunkt beharrt, daß es im allgemeinen Interesse liegt, wenn eine möglichst einheitliche Regelung im ganzen Reichsgebiet in dieser Frage durchgeführt werde.

Der mutige Landbundmann

Aus Stuttgart wird uns gemeldet: Vor dem Schöffengericht in Lüdingen hatte sich der zum Körnerjäger Landbund zählende württembergische Abgeordnete Jakob Wernwag aus Behlingen, einem schießlichen Vorort der Stadt Reutlingen wegen Freiheitsberaubung zu verantworten. Begangen hatte er das Vergehen schon im Jahre 1925, aber bis zum Schluß des letzten Landtages war er durch seine Immunität gedeckt, und von da ab bis zum Wiederzusammentritt des neuen Landtages war der Biederer Mann spurlos verschwunden und für keine Ladung erreichbar. Aber das half ihm nichts, denn der Landtag billigte ihm diesmal die Immunität nicht zu, wenn auch das Gericht so entgegenkommend war, den tapferen Mann vom persönlichen Erscheinen im Termin zu entbinden.

Eigentlich hätte ihn ja die ganze Sache gar nicht zu kümmern brauchen. Aber ein Bauernbändler Körnerischer Oberbarnz tritt unentwegt für die heilige Sache in die Schranken und daher scheint er auch nicht davon zurück, das Strafgesetz zu verletzen, wo es sich doch überhaupt „nur“ um einen Juden gehandelt hat. Also: Der Nachbar Wernwag, ein Bauer Digel, hatte Differenzen mit zwei Viehhändlern, weil eine Kuh, die sie verkauft hatten, weniger Milch gab, als zugesagt war. Er verlangte daher von ihnen einen Nachschuß von 150 Mark. Bei den Verhandlungen hierüber kam Wernwag hinzu, bedrohte die Händler gleich mit der Wittgabel und rief: „Alle Juden gehören verfochten!“ Der Nachbar verriegelte dann die Stalltür und vergriff sich an den Händlern, wofür er schon in einer früheren Verhandlung mit 150 Mark bestraft worden ist. Schließlich öffnete er die Tür wieder und ließ den einen Händler hinaus, während Wernwag dann, immer noch mit der Wittgabel bewaffnet, den zweiten Händler nochmals einschloß. Das Resultat dieser Heldentaten daß Wernwag jetzt gleichfalls mit 150 Mark wegen Freiheitsberaubung in Tateinheit mit Bedrohung bestraft wurde.

Als Wernwag Ende des Krieges aus dem Felde zurückkam, war er sehr radikal, gehörte auch dem Soldatenrat seiner Truppe an und gebarde sich nahezu kommunistisch. Jetzt ist er Judenfeind und abgeklagter Feind des achten Schuljahres, eine Leuchte des Bauernbundes und ein Gefinnungsgehilfe Bagilles.

Tariferhöhung abgelehnt

Die Reichsregierung erklärt die gegebenen Unterlagen als nicht ausreichend

Amlich wird gemeldet: Die Reichsregierung hat sich am Montag nochmals mit dem Antrag der Reichsbahn-Gesellschaft auf Tariferhöhung befaßt. Sie ist der Auffassung, daß die bisher gegebenen Unterlagen nicht hinreichen, um die Notwendigkeit einer Tariferhöhung darzutun. Sie würde es vorziehen, wenn vor endgültiger Entscheidung dieser Frage, die so einschneidend für die gesamte Volkswirtschaft ist, die weitere Entwicklung der Reichsbahn-Einnahmen abgewertet würde.

Da jedoch die Reichsbahn-Gesellschaft die Frage für geklärt und die alsbaldige Entscheidung für geboten hält, erhebt die Reichsregierung keine Bedenken dagegen, daß die bestehende Meinungsverschiedenheit, ob und in welchem Ausmaße eine Tariferhöhung als notwendig zu erachten ist, schon jetzt dem im Reichsbahngesetz vorgehenden Reichsbahngericht unterbreitet wird.

Das auf Grund des Reichsbahngesetzes vom 30. August 1924 § 4 eingeführte besondere Gericht zur Entscheidung von Streitfällen zwischen der Reichsregierung und der Reichsbahn-Gesellschaft wird beim Reichsgericht gebildet. Es besteht aus dem ständigen (auf 5 Jahre ernannten) Vorsitzenden und zwei Beisitzern, die für jeden Streitfall auf Vorschlag der Parteien vom Reichsgerichtspräsidenten bestellt werden.

Unglaublich

Bayern soll heute eine Regierung bekommen

München, 24. Juni. Nachdem die Regierungsvorhandlungen der drei Bürgerblockparteien Bayerns, die bisher eine 50prozentige Kapitulaton der bayrischen Volkspartei vor dem Bauernbund gebracht haben, nun über fünf Wochen gebauert haben, soll am heutigen Dienstag die Entscheidung fallen. Sie soll darin bestehen, daß die Fraktion des Bauernbundes, das heißt in diesem Falle Minister Fehr, sich bereit erklärt, im neu zu errichtenden Ministerium für Landwirtschaft und Arbeit einen politischen Staatssekretär der Bayerischen Volkspartei zu dulden. Der Bauernbund hat sich zwar schon am Freitag in ablehnendem Sinne geäußert. Residiert er auch heute seine Haltung nicht, so gelten nach den Erklärungen der Bayerischen Volkspartei die Verhandlungen zur Wiederherstellung der alten Bürgerblockkoalition in Bayern für endgültig gescheitert.

Keine Flottenmanöver in diesem Jahre

Aus Sparjamteitsgründen.

Auf Anordnung des Reichswehrministers, die in Uebereinstimmung mit dem Gesamtabkündet erfolgte, finden die in diesem Jahre vorgesehenen Ostseemanöver nicht statt. Maßgebend für diesen Entschluss ist die angespannte Lage der Reichsfinanzen.

Besser als diese Anordnung vermag kaum etwas die Auswirkungen des 20. Mai zu offenbaren. Der Bürgerblock war trotz der „angespannten Lage der Reichsfinanzen“ bis zum letzten feitspielige Manöver und gegen die Senkung der Lohnsteuer. Die unter Führung der Sozialdemokratie stehende neue Regierung tut des Gegenteil; sie spart dort, wo gespart werden kann, um den Armen bestimmte finanzielle Erleichterungen zuzulassen. Auf diesem Wege wird fortgeföhren werden.

Die Reichsbahn schwer geschädigt

Durch den Abschluß ungünstiger Verträge wird das Geld hinausgeworfen.

Die Untersuchungskommission, die den Auftrag hatte, zu prüfen, ob die zwischen dem Reichsbahnzentralamt und den privaten Lieferfirmen geschlossenen Verträge der Reichsbahn Nachteile gebracht haben, hat ihre Arbeit beendet. Wie verlautet, kommt das Gutachten zu dem Ergebnis, daß die Verträge des Eisenbahnzentralamts zum Teil nicht günstig waren und die Reichsbahn tatsächlich geschädigt haben.

Das geht besonders aus den Verträgen zwischen dem Eisenbahnzentralamt und der Firma Heinrich Warming hervor. Heinrich Warming, der frühere Direktor der Frankfurter Metallbank hatte an das Eisenbahnzentralamt Anfang 1923 ein Angebot zur Lieferung von achtzigtausend sogenannten Tenderlagerzügen gerichtet. Das Eisenbahnzentralamt, vertreten durch Reichsbahndirektor Neumann, ging auf dieses Angebot ein, schloß mit Warming einen Vertrag ab, der der Firma eine uneingeschränkte Monopolstellung verschaffte. Die Firma Heinrich Warming lieferte 100 Prozent aller zu bestellenden Tenderlagerzügen, etwa 93 Prozent aller Ablagerbeiplatzen und einen erheblichen Teil aller Güterwagenlagerzügen. Warming gab die Aufträge zum Teil an zwei große von der Frankfurter Metallbank kontrollierte Werke ab und erhielt jeweils sehr beträchtliche Provisionen.

Der Seewolf.

Von Jack London.

17 (Nachdruck verboten.)

Ich habe die Bekanntheit eines anderen Mannes von der Botschaft gemacht — Louis', eines Iren aus Newyorkland, eines freundlichen, gutartigen und sehr verträglichem Burischen, der reich zu einer Unterhaltung bereit ist, sobald er nur einen Zuhörer finden kann. Am Nachmittag, wenn der Koch unten sein Mittagsschlafchen hält und ich meine ewigen Kartoffeln schäle, kommt Louis zu einem Plausch in die Kombüse. Er entschuldigt seine Anwesenheit an Bord damit, daß er betrunken war, als er sich anheuern ließ.

„Ach, mein Junge,“ er schüttelte unheilberühnend den Kopf, „du hast dir gerade den schlimmsten Scherer ausgepickt, und dabei warst du nicht einmal befoffen wie ich. Dieser Wolf Larjen ist der Teufel selber, und seit er die „Shoff“ bekommen hat, ist sie ein Höllenschiff. Ich weiß noch gut, wie er vor zwei Jahren in Halobate einen Anfall triegle und vier von seinen Leuten niederstoch. Und im selben Jahre erschlug er einen Mann mit der bloßen Faust. Und kamen nicht der Ingenieur der Fasel Fara und der Polizeihauptmann, japanische Herren, Fremden, als seine Gasse an Bord der „Shoff“ mit ihren Frauen — so vielen kleinen Dingen, wie sie auf Fächer gemacht sind — und wurden nicht die beiden Schenker bei der Abfahrt, wie aus Bersehen, in ihrem Schwanp zurückgelassen? Und wurden die armen kleinen Damen nicht eine Woche später auf der anderen Seite der Insel an Land gesetzt und wukten in ihren Strohsandalen, die keine Meile halten konnten, über die Berge wandern? Als ob ich das nicht wüßte! So ein Tier ist dieser Wolf Larjen. Er wird ein Ende mit Schreden nehmen! Aber ich habe nichts gesagt, denn daran. Nicht einen Ton hab' ich gesprochen, denn der alte Louis möchte gern die Meile überleben. — Wolf Larjen,“ brüllte er einen Augenblick später herauf. „Sehe das Dort, hörst du? — Wolf — ein Wolf ist er. Er hat nicht ein schwarzes Herz wie manche Menschen. Er hat überhaupt kein Herz. Ein richtiger Wolf ist er. Er trägt keinen Namen mit Recht!“

„Aber wenn er so berüchtigt und bekannt ist,“ fragte ich, „wie ist es dann möglich, daß er immer noch Dore bekommt?“

„Wie ist es möglich, daß man überhaupt Leute bekommt, um irgend etwas auf Gottes Welt zu tun?“ fragte Louis. „Würde ich an Bord sein, wenn ich nicht viehisch befoffen gewesen wäre, als ich untertrieb? Manche, wie die Jäger, können keinen bessern Schiffer finden, und manche, wie die armen Teufel vorn, wukten es nicht besser. Aber sie werden schon darauf kommen und werden den Tag versuchen, an dem sie geboren sind. Aber ich habe keinen Ton gesagt, denk' daran, keinen Ton! — Die Jäger sind schlechte Kerle,“ brach er wieder los. „Aber — er wird mit ihnen fertig. Er wird sie schon Gottesfurcht lehren! Sieh mal meinen Jäger, „Jod“ Horner nennen sie ihn, und er sieht so ruhig und umgänglich aus und spricht so sanft wie ein Mädchen, daß man glaubt, die Butter könne ihm nicht im Munde schmelzen. Und hat er nicht letztes Jahr seinen Bootsfeuermann getötet? Unglücksfall, sagte man, aber ich traß den Bootspulker in Jolohama, und der hat mir die Wahrheit erzählt. Und „Smoke“, der schwarze kleine Kerl — hatten ihn die Russen nicht drei Jahre in die sibirischen Salzminen, weil er auf Copper Island Fische geflochen hatte? Aber ich bin taub und stumm und wenn du meine Ritter lieb hast, bist du's auch.“ Johnson, der Mann, der mir die Hand abgerieben hatte, als ich an Bord kam, schmerzte mir von alten Leuten der am wenigsten zweifelhaft. Seine Offenheit und Männlichkeit waren auf den ersten Blick überzeugend und dazu kam seine Bescheidenheit, die man leicht für Schüchternheit halten konnte. Aber schüchtern war er nicht. Er hatte vielmehr den Mut der Überzeugung, die Sicherheit seiner Männlichkeit. Das war es, was ihn gleich zu Beginn unserer Bekanntheit gegen die falsche Aussprache seines Namens hatte protekiert lassen. Louis sprach über ihn und prophezeite.

„Das ist ein Prachtkerl, dieser Johnson,“ sagte er. „Aber besser Seemann und mein Pulker. Aber er und Wolf Larjen werden aneinandergeraten, so sicher wie zweimal zwei vier ist. Ich habe mich geredet wie mit meinem eigenen Bruder, aber er will kein falsches Signal zeigen. Er murrt, wenn nicht alles nach seinem Kopf geht, und es gibt immer ein Klackman, das es Wolf Larjen hinterbringt. Der Wolf ist stark und es ist eine Art des Wolfes, Stärke bei anderen zu lassen. Und Stärke findet er bei Johnson — kein Kricken, kein Jamahl, Kapin, ergebenen Dank, Kapin“ für ein Schimpfwort oder einen Faustschlag. — Ja, es kommt, es kommt! Und Gott weiß, wo ich einen anderen Pulker hernehmen soll! Das tut der Herr, als der „Alte“ ihn Johnson

nennt? „Ich heiße Johnson, Kapin, und buchstabiert ihm den Namen vor. Du hättest das Gesicht des „Alten“ sehen sollen! Ich dachte schon, er würde auf der Stelle über ihn herfallen. Er tat es nicht, aber er wird es tun, und er wird diesem Hartkäbel das Licht ausblasen oder ich kenne meine Leute nicht.“

Thomas Mugridge wird unerträglich. Bei jeder Aude muß ich „Herr“ zu ihm sagen. Es dürfte mißsprechen, daß Wolf Larjen eine Vorliebe für ihn gefaßt hat. Es ist wohl unerhört, daß ein Kapitän auf vertrautem Fuße mit seinem Koch steht, aber Wolf Larjen tut es. Zwei- oder dreimal hat er schon den Kopf zur Kombüse hereingesteckt und Mugridge gutmütig genickt, und heute nachmittag fanden sie eine volle Viertelfunde auf dem Achterdeck und unterhielten sich. Als der Koch wieder in die Kombüse trat, glänzte sein Gesicht, als wäre es mit Fett eingeschmiert, und er sang zu seiner Arbeit so falsch, daß es herzerreißend war.

„Ich verkehre immer mit den Offizieren,“ bemerkte er vertraulich zu mir. „Ich weiß mich beliebt zu machen. Mein früherer Kapitän — er, das ging nicht anders, ich mußte zu ihm in die Kajüte kommen und ein Gläschen mit ihm trinken. „Mugridge“, sagte er, „Mugridge, du hast deinen Beruf verfehlt.“ — „Und wieso?“ — „Du hättest Gentleman werden müssen und nie für Geld arbeiten dürfen.“ Gott straf mich, Hump, wenn er das nicht gesagt hat, und ich sah gemüthlich mit ihm in seiner Kajüte, rauchte seine Zigarren und trank seinen Rum.“

Dies Gespräch trieb mich zur Verzweiflung. Ich habe nie eine Stimme gehört, die mir so verhaßt war. Er war tatsächlich der eitelhafteste, widerwärtigste Mensch, den ich je getroffen habe. Seine Kocherei war eine unbeschreibliche Schweinerei, und ba er alles kochte, was an Bord gegessen wurde, mußte ich mir mit allergrößter Vorsicht das am wenigsten Schmutzige aus dem Fraß herausnehmen.

Ich war nicht gewohnt zu arbeiten, und meine Hände schmerzten mich sehr, und dazu hatte ich eine große Brandwunde am Unterarm, die ich mir zugezogen hatte, als ich einmal beim Rollen des Schiffes das Gleichgewicht verlor und gegen den Herd geschleudert wurde. Mein Anie war immer noch geschwollen. Wenn es überhaupt besser werden sollte, mußte ich Ruhe haben. Ruhe! Nie zuvor hatte ich den Sinn dieses Wortes verstanden. Ohne es zu wissen, hatte ich mein ganzes Leben geruht. Aber jetzt!

(Fortsetzung folgt.)

Venizelos am Ruder

Von Hermann Wendel.

Täuschung, wenn ihn jemand für einen alten, abgehalfteten Gaul hielt, der mit steifen Knien im Stall stand und das Unadenbrot fraß. In Wirklichkeit spitzte er stets die Ohren, um beim ersten Trompetensignal auf das gewohnte Schlachtfeld zu springen, und er hat dieses Zeichen nicht einmal abgewartet: plötzlich ist er vorgestürzt und erweist sich nicht als zahmen Wallack, sondern als feurigen Hengst, der ungestümm wiehert, steigt und ausschlägt. Ja, Venizelos ist, müde der freiwilligen Verbannung, wieder da, Venizelos hat von neuem die Fauft am Steuerruder Griechenlands, Venizelos wird's schon machen! Vor wenigen Wochen ist er brutal die Führung seiner, der liberalen Partei, wieder an sich, unbekümmert darum, daß der abgesetzte Kasandaris sich mit fünfundsiebzig Gelehrten in die Büsche schlug und unter der Firma Fortschrittspartei einen eigenen Laden aufmachte. Noch aber glaubte er den Augenblick nicht für gekommen, selbst nach der vollen Macht zu greifen, sondern sagte gnädig und nicht ohne Bedingungen dem ausgefrischten Kabinetts Zaimis seine Unterstützung zu. Lange dauerte es freilich nicht, bis er dieser schwachen Regierung den entscheidenden Stoß verfehlte und von dem schwachen Staatspräsidenten Runduriotis mit der Ministerpräsidentenschaft bestraft wurde.

Was steht, abgesehen von persönlichem Ehrgeiz und Macht-hunger des Kreters, hinter diesem Szenenwechsel? Eine Bankfrage gab den Anlaß, daß er das Kabinetts Zaimis zu Fall brachte. Zur Unterbringung der durch den Völkerbund vermittelten Flüchtlingsanleihe von neun Millionen Pfund war die Bank von Griechenland gegründet worden, die jedes Jahr ein Drittel der Anleiheaktien ausgeben sollte, damit das einheimische Finanzkapital sie leichter auffangen und so die Mehrheit unter den Aktionären bilden könne. Indem jetzt Kasandaris als Finanzminister der Regierung Zaimis nach Vereinbarung mit Genf und London die Ausgabe der Aktien auf einen Schlag vornehmen ließ, gab er aber dem britischen Kapital die Gelegenheit, einen großen Fischzug zu tun und die Mehrheit der Aktien zu erwerben. Dagegen wandte sich Venizelos mit aller Schroffheit, denn sein Plan ist, den Aktionären der Nationalbank die Aktien der Bank von Griechenland in die Taschen zu spielen. Da aber hinter der Nationalbank französisches und mehr noch amerikanisches Kapital steht, entpuppt sich der Vorstoß Venizelos gegen seine Gegner als ein Vorstoß der Wallstreet gegen die City.

Doch England sah nicht nur finanziell in Hellas etwas wie eine Kolonie mit hellhäutigen Eingeborenen, sondern betrachtete auch politisch das Land als seinen Trabanten. Wenn Mussolini nicht mit Unrecht als der Sachverwalter britischer Interessen im Mittelmeer gilt, bemühte sich die faschistische Politik in letzter Zeit mit Erfolg, Griechenland vor ihren Wagen zu spannen. Zu Othron ließ sich der Außenminister Michalakopoulos in der italienischen Hauptstadt von dem „Duca“ mit schönen Redensarten einwickeln, und bald ergab sich, daß Athen mit Angora und Rom den Caputpunkt eines neuen politischen Dreiecks bilden sollte. Mit steigender Besorgnis beobachtete Paris diese Machenschaften, und da Venizelos seit jeher ein erprobter Söldner Frankreichs ist, enthielt sich sein Vorstoß gegen seine Gegner auch als ein

Vorstoß des Quai d'Orsay gegen die Konsulta. Nicht umsonst jammerte „Daily Mail“ schon im Mai, als der Kreter wieder auf der politischen Bühne erschien, daß jetzt alle Abmachungen zwischen Michalakopoulos, Mussolini und Chamberlain zunichte würden, und der Faschismus sieht, ob auch die auswärtige Politik Griechenlands nicht über Nacht ein anderes Gesicht bekommen wird, ein paar Zelle davon schwimmen.

Endlich aber ermangelt die politische Auferstehung Venizelos nicht der innerpolitischen Gründe. Immer war er, nicht nur in Kampf gegen die Krone, der Vertreter der mächtigsten Handelsbourgeoisie, die es auch einmal so gut haben wollte wie die gleiche Klasse in den entwickelten Ländern des Westens. Obwohl selbst mit stärksten diktatorischen Neigungen behaftet, lehnte er sich deshalb stets gegen jeden Versuch militärischer oder anderer Nebenregierungen. Neuerdings aber regten sich, je öfter der Parlamentsstark im Dred stecken blieb, die niemals zur Ruhe gekommenen „militärischen Faktoren“ hinter den Kulissen wieder; offenes Geheimnis war es in Athen, daß ein Putsch der Offiziere — der wievielte in den letzten zwanzig Jahren! — vor der Tür stand. Ihm zuvorzukommen, hat Venizelos nach dem Ruder gegriffen; wenn schon ein Diktator sein soll, dann lieber er als beifälliger General!

Von seinem Vorgänger übernimmt der volkstümlichste und zugleich bestgehaltete Mann eine schwere Aufgabe, denn trotz des äußerlichen Burgfriedens zwischen Republikanern und Monarchisten und trotz der Drahmestabilisierung hat das immer kleiner werdende Kabinetts der „Großen Koalition“ dem Land, das aus den Händen des Diktators Pangalos politisch zerüttelt, wirtschaftlich erschöpft, finanziell ver schuldet hervorgegangen war, Ruhe und Gesundheit nicht verschaffen können. Die ganze soziale Misere der arbeitenden Massen faßt in dem Streik der makedonischen und thrakischen Tabakarbeiter aus, der, schon seit dem 20. Juni während, auf die Seeleute des Piräus übergriff und auf dessen Hintergrund sich Venizelos Aufstieg zur Macht vollzog.

Wie er zunächst seine Macht zu sichern strebt, verrät den in tausend Disten erfahrenen Fuchs. Um die hungernden und streikenden Arbeiter zu gewinnen, versucht er, einige Forderungen bei den Unternehmern durchzubringen. Um die nicht wenigen noch an Pangalos hängenden Offiziere zu gewinnen, hat er den Ex-Diktator in Freiheit gesetzt. Um alle unzufriedenen kleinen Leute zu gewinnen, hat er in jedem Ministerium eine Auskunfts eingerichtete, die Bittsteller vor die rechte Schürmiede zu weisen hat. Zugleich hat er dem Staatspräsidenten zwei, wie die Opposition schreit, verfassungswidrige Dekrete enklodt, deren eines die Kammer auflöst und deren anderes das Proportional durch das Majoritäts-Wahlverfahren ersetzt. So kann es am 15. August, dem Tag der Neuwahlen, nicht fehlen, und aller Wahrscheinlichkeit nach wird am 19. September eine venizelistische Wuli zusammengetreten. Da aber die Royalisten, die unbedingten unter Kasandaris und die gemäßigten unter Metaxas, den Kampf gegen Venizelos mit aller Schärfe aufnehmen, wird es die nächsten Wochen in Griechenland nicht gerade langweilig zugehen.

Der amerikanische Senat für den Kellogg-Pact

Paris, 24. Juli. Wie die „Chicago Tribune“ aus Washington meldet, erklären dem Weißen Hause nahe liegende Persönlichkeiten, daß der Senat dem Kriegsschlichtungspact in seiner gegenwärtigen Form zustimme. Ein einflussreiches demokratisches Mitglied der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten gab der Meinung Ausdruck, daß seine Partei mit den Republikanern darin übereinstimme, den Antikriegspact von ganzem Herzen zu unterstützen.

Mussolini redet — und ist unvereschämt

Ein Feigling schützt den anderen.

Mussolini hat in der italienischen Kammer eine lange Rede über die innere und äußere Politik gehalten. Er ist in ihrem Verlauf auch auf den Nordpolflug der „Italia“ zu sprechen gekommen und hat dann kräftig auf alle die geschimpft, die die Expedition Nobile beim rechten Namen nennen und die seinen Propagandahelden als das kennzeichnen, was er ist. Wie sehr Mussolini das Licht der Öffentlichkeit scheut, geht aus dem einen Satz hervor: „Jeder Versuch, von welcher Seite er auch kommen möge vor Abschluß der Nachforschungen nach den übrigen Verschollenen eine Unternehmung in die Wege zu leiten, die nur seitens der italienischen Behörden erfolgen könne, werde als stiftet beleidigend zurückgewiesen werden.“

Alle Kritiker Nobiles sind für Mussolini „ohne eine Spur von Schamgefühl“ und betreiben ein „defaitistisches Handwerk“. Mussolini schimpft. Aber auch die Nobilistischen Redewendungen können die Nobileblamage des Faschismus nicht aus der Welt schaffen.

Ein lächerlicher Vergleich

Mareo Polo, Columbus und Nobile.

Prag, 23. Juli. Der italienische Konsul in Preßburg, Palmieri, hat an einige slowakische Blätter eine Erklärung gesandt, in der er die Angriffe gegen General Nobile als unberechtigt zurückweist. Italien untersteht nicht der Vormundschaft einer anderen Nation und werde keine Einmischung in italienische Angelegenheiten dulden. Der Konsul erklärt, General Nobile habe sich wie ein Held benommen und vergleicht ihn mit Marco Polo und Columbus. Die Blätter machten ihn zu Unrecht für die Katastrophe der „Italia“ verantwortlich.

Die verdriegenen größtmöglichen Phrasen der faschistischen Italiens haben längst jenen Punkt hinter sich, wo sie im Gelächter der Welt erstickt könnten. Ueber solchen Blödsinn laßt man nicht einmal mehr.

Rumänischer Optantenvorschlag an Ungarn

Bukarest, 22. Juli. Auf Veranlassung des Außenministers Titulescu wurde am Sonntag dem ungarischen Gesandten in Bukarest eine diplomatische Note überreicht, in der seitens der rumänischen Regierung der Vorschlag gemacht wird, vom Völkerbund von Fall zu Fall einen neutralen Schiedsrichter zu entsenden, der festzustellen hätte, ob irgendein Fall in dem Optantenstreit den Paragraphen des Trianoner Vertrages widerspreche. Rumänien sei geneigt, für festgestellte Fälle eine entsprechende Entschädigung zu entrichten und zwar auf Kosten der ungarischen Reparationen.

Der Obregon-Mörder geständig

Paris, 24. Juli. Nach einer Meldung aus Mexiko erklärte der dortige Polizeichef, daß der Mörder des Generals Obregon ein volles Geständnis abgelegt habe. Die Einzelheiten dieses Geständnisses kanten jedoch noch nicht bekanntgegeben werden.

Kanting lehnt die japanische Protestnote ab

Peking, 23. Juli. Die Kanting-Regierung hat Montag die japanische Protestnote wegen der Kündigung des Handelsvertrages erhalten. Es fand daraufhin eine Sitzung des Kanting-Kabinetts statt. Die Kanting-Regierung beschloß, die japanischen Forderungen abzulehnen. Dienstag soll eine Antwortnote an die japanische Regierung verfaßt werden.

Letzte Nachrichten.

Unterschlagungen in einer Berliner Großschlächtereier

In einer Großschlächtereier in der Wilmersdorferstraße in Charlottenburg sind umfangreiche Unterschlagungen aufgedeckt worden, deren Höhe mindestens 20 000 Mark beträgt. Der Täter ist der Schlächtergehilfe Paul Strobach. Er war in dem Laden in der Wilmersdorferstraße, in dem etwa 30 Leute beschäftigt sind, erster Gehilfe am Fleischverkaufstand und führte auch die Tageskasse. Da er seit Jahren bei der Firma tätig war, wurde ihm großes Vertrauen entgegengebracht und es schien auch bei den allabendlichen Abrechnungen alles in Ordnung zu sein. Es fiel aber schließlich doch auf, daß Strobach immer im Besitz großer Geldsummen war und die Kassabücher sehr eifrig besuchte. Als er dann mit Kassabüchern rekonstruierte, die er seiner Kollegen zeigte, ließ die Firma ihn durch eine Vertrauensperson überwachen. Jetzt wurde entdeckt, daß er beim Kassieren stets einen Schein aus der Kasse herausnahm, ihn zusammenfaltete und dann in seiner Tasche verjähwinden ließ. Als sich dieser Vorfall am Montag nachmittags wiederholte, ließ die Firma einen Kriminalbeamten rufen. Strobach, der jetzt aufsehend bemerkt hatte, daß er beobachtet wurde, ging auf die Toilette und verstaute das Geld. Nachdem es dort von der Kriminalpolizei gefunden wurde, nahm man ihn fest. Bei seiner Vernehmung gestand er, täglich Beträge von 30 bis 50 Mark an sich genommen zu haben. Er gibt zu, im Ganzen 5000 Mark entwendet zu haben. Ein großer Teil der unterschlagenen Summe ist sicher gestellt worden, da er das Geld an Kollegen und Bekannte verlehren hatte. Auch die Kassabücher über mehrere 1000 Mark Guthaben sind beschlagnahmt worden.

Mariano gestorben?

Die Italianakatastrophe hat wahrscheinlich noch ein weiteres Todesopfer gefordert. Der Marineoffizier Mariano, einer der Ueberlebenden der Malinggruppe, dem vor einigen Tagen ein Bein amputiert werden mußte, soll gestorben sein.

Beruntreuungen eines Rechtsanwalts

Der Kölner Rechtsanwalt Josef Scheeben ist plötzlich verfaßt worden, weil gegen ihn eine Anzahl Anzeigen wegen Beruntreuungen in Kontursachen schon seit längerer Zeit erstattet worden sind. Er war bis vor kurzem Inhaber einer Treuhänd- und Revisionsgesellschaft, in der hauptsächlich die Beruntreuungen begangen worden sind. Ueber die Höhe der Beruntreuungen steht noch nichts fest.

Ministerbesprechungen in Karlsbad

Prag, 23. Juli. Zurzeit weilen folgende führende Politiker und Staatsmänner in Karlsbad: Malarski, Strojeman, Titulescu, Benisch und Marek, der österreichische Gesandte in Prag. Wengleich die Presse die Meldungen von wichtigen politischen Besprechungen, die in Karlsbad stattfinden sollen, stark demontiert, so liegt doch die Wahrscheinlichkeit auf der Hand, daß das Zusammenreffen so vieler führender Diplomaten eine wenn vielleicht nur inoffizielle Aussprache auslösen wird.

Frankreich und die Rheinlanddräumung

Paris, 24. Juli. Die zahlreichen Verhandlungen des Generalsagenten für die deutschen Reparationszahlungen, Parker Gilbert, mit dem amerikanischen Schatzsekretär Mellon, dem Ministerpräsidenten Poincaré, dem Gouverneur der Bank von Frankreich und verschiedenen französischen Finanziers haben in der Pariser Presse wieder lebhafteste Debatten über die Revision des Damesplanes hervorgerufen. Interessant ist, daß man sich in Paris überall bemüht, das Problem der Rheinlanddräumung mit der Revision des Damesplanes in Zusammenhang zu bringen. Frankreich scheint tatsächlich — wenigstens erweisen die zahlreichen Pressekommentare diesen Eindruck — die nicht ungerechtfertigte Furcht zu hegen, daß sich, wie die „Volonte“ sich ausdrückt, der Wert des Rheinlandhandels bei längerem Abwarten allzusehr vermindern könne, um noch ausgenutzt zu werden. Die „Volonte“ verlangt daher, daß, wenn es Deutschland vielleicht aus tatsächlichen Erwägungen unterlassen sollte, das Rheinlandproblem offiziell aufzurollen, Frankreich die Initiative dazu ergreifen soll. An Sicherungsgegarantien als Gegenleistung für die Rheinlanddräumung sei nicht zu denken, denn sobald die internationale Abrüstungskontrolle des Völkerbundes geschlossen sei, könne Frankreich nichts mehr verlangen.

Auch der sozialdemokratische Völkerbundsdelegierte Paul Boncour stehe nicht auf dem Standpunkt, daß Frankreich stabile Elemente der Sicherheit fordern würde.

Chamberlain über den Staatsstreich in Aegypten

London, 23. Juli. Der arbeiterteiliche Abgeordnete Kennworthy hat in der Unterhausung am Montag an den Außenminister die Frage gerichtet, ob Chamberlain von dem Staatsstreich durch den britischen Oberkommandar Lord Lloyd unterrichtet gewesen sei. Außenminister Chamberlain bejahte diese Frage und fügte hinzu, daß er einige Anzeichen über die Entwidlung der Dinge in Aegypten gehabt habe und daß er sowohl wie der britische Oberkommandar Lord Lloyd sich sorgfältig jeder Meinung und jeden Rates enthalten hätten. Es sei die Politik der britischen Regierung, sich soweit als möglich jeder Einmischung in die Angelegenheiten rein ägyptischen Charakters zu enthalten und nur jene Interessen zu beschützen, die sie zu wahren und jene Verpflichtungen, die sie einzulösen habe.

Madlen haftentlassen

Paris, 23. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der elssächsische Abgeordnete Dr. Ricklin ist am Montag begnadigt und aus der Haft entlassen worden.

Die Belgrader Kabinettskrise

Die Parteiführer beim König.

Belgrad, 23. Juli. Der König hat am Montag nachmittags zuerst den Präsidenten der Stupskina, Pericich, empfangen, um darzutun, daß die Verhandlungen über die Regierungsbildung auf parlamentarischer Grundlage weitergeführt werden sollen. Im Anschluß daran empfing der König den Vorsitzenden der demokratischen Partei, Davidowitsch, den Oppositionsführer Pribititschewitsch und schließlich den Führer der slowenischen Merkanten, Dr. Korofetsch. Letzterer wird mehrfach als aussichtsreichster Anwärter für den Posten des Ministerpräsidenten genannt. Nach dem Scheitern des Auftrages Hadzitsch' befürchtet man eine erneute Verschärfung der Gegensätze zwischen Belgrad und Ugram.

Liquidierung des deutschen Aleingrundbesitzes vor dem deutsch-polnischen Schiedsgerichtshof

Das gemischte deutsch-polnische Schiedsgericht handelte unter schwedischerem Vorsitz vom 13. bis 20. Juli in Genf die Frage der Entschädigung für den von Polen enteigneten Grundbesitz der deutschen Ansiedler. Es handelt sich um ungefähr 1200 Bauernhöfe von je 5 bis 20 Hektar.

Die früheren deutschen Besitzer behaupten, daß Polen die Vorchrift des Friedensvertrages, eine angemessene Entschädigung zu zahlen, nicht erfüllt habe. Ihre Forderungen gehen zum Teil um das Doppelte über das hinaus, was Polen an Entschädigung zahlen will. Das gemischte Schiedsgericht hatte in einer Verhandlung im Jahre 1925 drei Sachverständige, einen Schweizer, einen Dänen und einen Norweger mit der Ausarbeitung eines Gutachtens beauftragt, das in den jetzt abgeschlossenen Verhandlungen zur Kenntnis genommen wurde. Im November soll in Paris, dem eigentlichen Sitz des Schiedsgerichts, weiter verhandelt werden. Man hofft, Anfang des nächsten Jahres das Urteil fällen zu können. Wie weit den Klagen der deutschen Ansiedler stattgegeben wird, kann heute noch nicht gesagt werden.

Mikhailoff über die Ermordung Protogeroffs

Sofia, 22. Juli. Iwan Mikhailoff hat ein mit dem Stempel des mazedonischen Zentralkomitees versehenes Rundschreiben herausgegeben, in dem er erklärt, der Iuro habe dem neuen Zentralkomitee den Auftrag erteilt, die Schuldigen an der Ermordung Lodor Alexandroffs zu ermitteln und zu bestrafen. In unmittelbarem Zusammenhang mit diesem Befehl sei die Ermordung Protogeroffs erfolgt. Aber auch andere hohe Intellektuellen der mazedonischen Bewegung hätten diese Tat unvermeidlich gemacht. Sie habe Ähnlichkeit mit der Ermordung des ehemaligen Komiteemitgliedes Peter Ischuleff in Mailand. Diese sei ebenfalls ohne einen besonderen Befehl des Kongresses erfolgt. Protogeroff wurde ermordet, weil er von den Autonomen zu den Federallisten übergegangen war. Eine eingehende Begründung der Ermordung Protogeroffs werde vor dem Kongreß gegeben werden.

240 Verhaftungen in Lissabon

London, 23. Juli. Wie aus Lissabon gemeldet wird, sind im Verlauf der Unterdrückung der Meuterei durch die Regierungstruppen 240 Verhaftungen vorgenommen worden. Darunter befinden sich 44 Offiziere und 25 Militäroffiziere.

Prävention gibt dem Haar eine lockere Falte

Familien-Anzeigen

Am Freitag, den 20. Juli, verstarb plötzlich und unerwartet durch Unfall unser lieber Sohn, Bruder, Schwager, Onkel und Cousin, der Kriegsinvalide

Paul Vogt

im besten Mannesalter von 33 Jahren. Dies zeigen schmerzerfüllt an 743 Die Hinterbliebenen: Eltern u. Geschwister Richard Wisniewski als Schwager, Martha Vogt, geb. Zipsner, Liesbeth Vogt, geb. Galle als Schwägerinnen, nebst Anverwandten. Beerdigung: Mittwoch, den 25. Juli, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Allerheiligen-Hospitals nach dem Friedhof in Ostwitz, Tor 6.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Am Donnerstag, den 19. Juli, um 4 Uhr nachm., verstarb unser Freund und Verbandskollege, der Schlosser

Josef Siegel

im Alter von 33 1/2 Jahren. 2692 Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau. Einäschung: Dienstag, den 24. Juli 1928, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium in Grabschen.

Parteigenossen

besucht unsere Reichsdruckausstellung in unserer Buchhandlung Neue Taschenstraße 11 **Eintritt frei!** Augenblicklich ausgestellt

Dürer - Rembrandt

Zur Lohnsteuersenkung wichtig!

Pollux-Lohnsteuer-Tabelle für Wochenlöhne - 50 gültig vom 1. Oktober 1928 ab

Volkswacht - Buchhandlungen Breslau Neue Graupenstr. 5, Neue Taschenstraße 11, Flurstraße 4

Sie sind Leser der Volkswacht

Wie kaufen bei Ihnen, weil Sie in der Volkswacht inserieren. Sagt das beim Einkauf, Ihr nächst uns und damit Euch selbst.

Ihren Swinn-Lustigen

Lindsay und Evans: Die Kameradschafts-Ehe Ein wertvolles Buch für jeden zeitigen, denkenden Menschen. 8.50

Harry Graf Kessler: Walther Rathenau's Leben u. Werk 8.00

Arnold Zweig: Der Streit um den Sergeanten Grischa 8.50

Volkswacht - Buchhandlungen Neue Graupenstr. 5 : Neue Taschenstr. 11 Flurstraße 4

Zurückgekehrt Dr. Krampitz.

Seiweiße Rod- u. Smoking-Anzüge nur neueste Fassons **C. P. Pätzold** Flurstraße 7/8, L. Köpplinger-Aschgang

Sprechapparate

Seiweiße elegante Rod- u. Smoking-Anzüge **A. Patalong** Schopenhauerstr. 3

Sie verdienen täglich 10 RM an Schwämmen. Aus persönlich kommen.

Reste in Serge, Ritzei, Zeinwand, Hermsdorfer, Kappeler, Gern, Knipf, Kesseler, Erdel, alles sehr billig, prima Ware. - Detail und Engros

Bertold Lippert Seidstr. 16 572

Bilalien Oberstraße 17 und Seidstr. 42

Seiweiße elegante Rod- u. Smoking-Anzüge **A. Patalong** Schopenhauerstr. 3

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme während der Krankheit und beim Hinscheiden unseres lieben Vaters, des

Stadtrats Emil Neukirch

das zahlreiche Grabgeleit und die vielen herrlichen Kranzspenden sprechen wir hierdurch allen Beteiligten unseren herzlichsten Dank aus. Besonders danken wir Herrn Bürgermeister Herschel, dem Magistrat, der Stadtverordneten-Versammlung, der Landesversicherung, den Verbänden, der Sozialistischen Partei und dem Reichsbanner sowie Herrn Dr. Kramer von der Monistischen Gemeinde. 10664

Im Namen aller Hinterbliebenen **Die tieftrauernden Kinder.**

Seiweiße elegante Rod- u. Smoking-Anzüge **Herm. Mohaupt** Raabstraße 1, 1. Tel. 5708; früher Hirschstr. 4

Wie der Weltkrieg entstand.

Das amtliche Aftenmaterial und die Randbemerkungen des Kaisers 180 Seiten Preis nur 60 Pf. **Volkswacht - Buchhandlung.**



Zum Einweichen der Wäsche nur



Henke-Bleichsoda macht das umständliche Vorwaschen der Wäsche überflüssig. Ueberlegen Sie bitte, wieviel Zeit und Arbeit Sie dadurch sparen können.

Verlangenen Sie

beim Einkauf von Milch stets die molkereimäßig bearbeitete Milch der

Molkerei Emanuel Ksoll, Alsenstr. 21

Diese Milch ist pasteurisiert, zentrifugalgereinigt und tiefgekühlt. Der Genuß von nicht molkereimäßig bearbeiteter Milch ist mit großen Gefahren für die Gesundheit, wegen den evtl. in derselben enthaltenen Krankheitskeimen, verbunden.

Also verlangen Sie nur Milch von Emanuel Ksoll, Molkerei, Alsenstr. 21

Die Kleinhandelssteilen, welche meine Milch führen, sind durch Aushang meines Firmenplakates kenntlich gemacht Fernruf 59 224 675

Molkerei Emanuel Ksoll Breslau - Alsenstraße 21

Die Buchkarte

ermöglicht Parteimitgliedern oder freigewerkschaftlich Organisierten bei Zahlung von

0.50 pro Woche

nach eigener Wahl die Einrichtung einer

Bibliothek

Bücher sind Freunde und Kampfgefährten!! Ausgabestelle der Karten **nur Volkswacht-Buchhandlung Neue Graupenstr. 5**

Die „Frauenwelt“ den Frauen Zum Lesen, Denken und Schauen!

„Frauenwelt“ eine Halbmonatsschrift für die Frau des schaffenden Volkes. Preis 40 Pf. Zu bestellen bei allen Zeitungsausträgern.

Liebig - Theater

Täglich 8 Uhr Der internationale Publikums- und Presse-Erfolg Gattspiel des Berliner Metropoltheaters **Heidi Elster** 14070 **Arthur Hell** **Martin Kottner** **Johanna Ewald**

Die lustige Sünderin

Musik von Fredy Raymond Preise ab 1 Mt.

Nur noch kurze Zeit!

Breslau ohne Hemd

30 Revue-Bilder 25 Modelle **Victoria** Theater, Tägl. 8 1/2 Uhr: Telefon 50834

Schauspielhaus Operettenbühne Tel. 30800

Der Operetten-Erfolg Evelynne

Die Volksschule als Einheitsschule

Von Dr. Max Apei. Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes sowie von sämtlichen Kolporturen entnommen.

Das Haus der billigen Preise!

Morgen:

Ganz besonderer Gelegenheitskauf! Eine große Menge 100 bis 120 cm lange **Handtuch = Reste =**

nur gute Körper- und feste Drellqualitäten, weiß und mit farbigen Kanten, sowie **Küchenhandtuch - Reste** zum Ausschuchen

Serie I II III

Rest **28 38 55**



Soeben erschienen!

Dr. Max Hodann: **Sexualelend und Sexualberatung** Mt. 24. - Volkswachtbuchhandlungen Neue Graupenstr. 5 Neue Taschenstr. 11, Flurstr. 4

In der „Volkswacht“ haben Stellen-Angebote

infolge ihrer großen Verbreitung in Arbeiterkreisen besten Erfolg

Druckerei Volkswacht

fertigt moderne Drucksachen Breslau 2, Flurstr. 4/6

Berläufe

Mod. Bettstellen Stuhlbaum pol. m. Stahl- u. Auflegematr. 160 Mt. zu verkaufen. 744 Tischlerei Flurstraße 6.

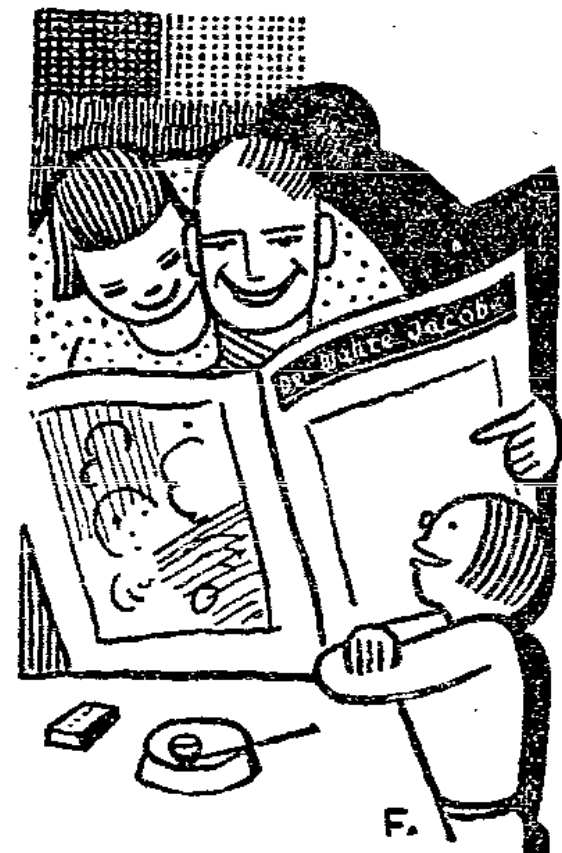
Wohnungen

Suche leeres Zimmer am Oberd. Gef. Angebote und Preisangabe mt. Nr. 291 an die Volkswacht-Buchhlg. Neue Graupenstr. 5. 291

Kleine Anzeigen

Sind immer noch gute einseitige Anzeigen von Verkauften, Kaufsuchenden u. a. nur von Schwaben. Wort 3 Biennige. Zeit 4 Biennige

Gut erhalten noch gut erhalt. Sportwagen m. Plau an Kauf 3 Böhm, Bergstr. 40, 1. Gut erhalten. Kinderwagen für 29 Mt. zu verk. Zimmer, Kolonnenstr. 14. 742 743



Einmal alle vierzehn Tage mindert Sorge sich und Plage: Kommt der „Wahre Jacob“ raus, lacht man froh im ganzen Haus!

„Der Wahre Jacob“, das volkstümliche Witzblatt, reich illustriert, anerkannt hervorragende Ausstattung, 14tägig, 40 Pf. pro Nummer.

Volkswacht - Buchhandlungen Breslau Neue Graupenstr. 5 * Neue Taschenstr. 11 Flurstraße 4.

Arbeitsmarkt

Zücht. Zucker finden dauernde Beschäftigung. Zu melden Bärenstr. 41-45. G. Martin Scherndorferstr. 10.

Breslauer Nachrichten

Breslau, den 24. Juli 1928.

Zur Werbewoche der Arbeiterfänger

Der Deutsche Arbeiter-Sängerbund hat in den Junitagen dieses Jahres in Hannover sein erstes offizielles Bundes-Sängerfest veranstaltet. Weit über 50 000 Sänger und Sängerinnen aus allen Teilen des Deutschen Reiches und der Internationale nahmen an dem kulturellen Treffen teil.

Warum veranstaltet der Gau Schlesien alljährlich eine Werbewoche?

Damit der Kreis, das Band der kulturellen Bewegung, größer und mächtiger werden soll. Mehr als bisher muß das deutsche Volk sich die Pflege des deutschen Liedes, des imigen Volksliedes, bis zum Kunstliede zuwenden.

Die großen Schöpfer aller Zeiten fühlten revolutionär. Sie gehören zu uns. Wir wollen ihr Werk von schwächlicher Sentimentsmache befreien. Wir sind berufen, einer künftigen Gemeinheitskultur den Weg zu bereiten.

Wo findet man die Gelegenheit, sich an den Kulturbestrebungen zu beteiligen? Im vorbildlich geleiteten Männerchor, dem Träger unserer Kulturbewegung und Schöpfer unserer Kampflieder.

Die edelsten Schöpfungen der Tonkunst, vom schlichten Volkslied bis zu den größten Oratoriumswerken, werden in unseren Gemischten Chören, den Volkschören, ganz besonders gepflegt und bietet sich allen sangesfreudigen Mitmenschen die beste Gelegenheit, aktiv mitzuwirken.

Unsere lieben kleinen Buben und Mädels kommen in unsere Kinderchöre. Gibt es denn etwas Schöneres, als eine mächtige Schar langgestimmter lebensfreudiger Kinder? Habt ihr lieben Eltern, und ganz besonders die gute Mutter, Kinder im Alter von 10 bis 14 Jahren, dann laßt sie in den örtlichen Kinderchor des Arbeiter-Sängerbundes.

Nun ihr lieben Werksgenossen in Stadt und Land, geht zu den Werbewochen, die euch durch die Presse oder Plakatausflug bekannt gegeben werden, hört euch die schönen schlichten Volkslieder an und kommt in Massen in unsere Reihen. Wir haben die Macht, alle noch hemmenden Kräfte der Kulturreaktion durch Einigkeit und Geschlossenheit abzuwehren.

Mord und Brandstiftung

In der vergangenen Nacht hat die Ehefrau Elisabeth Gier, Weißgerbergasse 44, ihrem zehn Jahre alten Kinde durch Versenken der Pulsadern das Leben genommen und nachher die Wohnung in Brand gesteckt. Die Täterin wurde verhaftet.

Zu der grauenvollen Tat erfahren wir noch folgende Einzelheiten: Heute Morgen gegen 1/4 Uhr wurde an der Ecke Oswitzer und Kleischkaustraße die 33 Jahre alte Frau Elisabeth Gier festgenommen, die geständig ist, ihr Kind ermordet und darauf ihren Laden sowie die darüberliegende Wohnung in Brand gesteckt zu haben. Die Frau wurde in das Polizeigefängnis überführt, wo sie bei ihrer sofortigen Vernehmung die Tat eingestand. Sie betrieb seit mehreren Jahren im Hause Weißgerbergasse 44 ein Lebensmittelgeschäft, das sehr schlecht gegangen sein soll.

Ob die Brandstiftung dazu dienen sollte, die Tat zu verbergen, oder sich an den Hausbewohnern wegen der angeblichen Klatschereien zu rächen, gibt die Festgenommene nicht an. Sie will auch nicht die Absicht gehabt haben, das Kind beerdigen zu lassen. Sie wollte zu diesem Zwecke den tödlichen Schnitt verbinden, einen Arzt holen und diesem etwas von Halschmerzen erzählen, die den Tod wahrscheinlich zur Folge gehabt haben müßten. Der Plan schien ihr aber zu gewagt, da wahrscheinlich der Arzt bei einer näheren Untersuchung die Tat festgestellt hätte.

Wirtschaftspolitische Probleme

Zum Bericht der schlesischen Industrie- und Handelskammer für 1927

Der Jahresbericht der niederschlesischen Industrie- und Handelskammer über die wirtschaftliche Entwicklung der Provinz im Jahre 1927 stellt für das Berichtsjahr eine zufriedenstellende, teilweise sogar gute Beschäftigung fest, die jedoch angeblich weder dem Handel noch der Industrie entsprechend gestiegene Gewinne eingebracht haben. Er knüpft daran einige Bemerkungen über die hohen Steuern, die Gütertarife, die sozialen Lasten und die Erhöhung der Postgebühren und prüft sodann die Ansichten der Handelskammern über die handels-, steuer- und sozialpolitischen Maßnahmen aus, die allein eine höhere Rentabilität gewährleisten könnten.

Die Ausführung der Kammer auf steuer- und sozialpolitischem Gebiet erweisen, wie empfindlich sich für ihre Kreisbildung das Fehlen einer Vertretung der Arbeitnehmererschaft in ihr bemerkbar macht. Eine grundsätzliche Umstellung unserer gesamten öffentlichen Finanzangelegenheiten wollen die Kammern dadurch herbeiführen sehen, daß die Ausgleichung der öffentlichen Haushalte durch Anpassung der Ausgaben an die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft erfolgt, d. h. auf gut deutsch die Wirtschaft wünscht dem Staat zu diktiert, welche Aufgaben er zu erfüllen hat und in welchem Umfang er sie erfüllen darf.

auf allmähliche Beseitigung der Hauszinssteuer im Interesse der Gewindung unseres Grundstücksmarkts werden auch diesmal wieder wie im Vorjahre von den Kammern erhoben. Unsere im vorigen Jahr in der Volkswacht an dieser Stellungnahme geübte Kritik hat also nichts gefruchtet. Nach wie vor erkennen die Kammern nicht die unbedingte soziale und wirtschaftliche Notwendigkeit der öffentlichen Wohnungswirtschaft, die nicht nur für Volksgesundheit und Volkstugend, sondern auch für Preisniveau und Arbeitsmarkt und damit für die Konjunkturgehaltung von Bedeutung ist.

Nebenbei ist auch von Bedeutung, was der zusammenfassende Ueberblick auf 1927 nicht enthält. Er nimmt zwar als gemeinsamen Extrakt fast aller Berichte der Exportfirmen die Forderung auf, daß die steuerlichen und sozialen Lasten im Interesse der Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit gelöst werden müßten. Jedoch fehlt jede Erwähnung des für die verarbeitenden Industrien verhängnisvollen Wirkens der Rohstoffindikatoren. So meldet die Liegnitzer Kammer eine starke Erhöhung des Geschäftsin der landwirtschaftlichen Maschinen, weil die schlesischen Werke infolge der Preispolitik der einschlägigen Syndikate die hauptsächlichsten Rohmaterialien teurer bezahlen müßten als die Werke in den westlich gelegenen Gebieten, da die Preise sich bei Frachtdrucklage überhaufen vertiefen.

Eine Erhöhung der Löhne spielt gelegentlich in den Berichten als Begründung für steigende Schwierigkeiten des Absatzes eine Rolle. Daß sie sozial berechtigt war, beweist die Bemerkung des Rückblicks über die Sättigung des Binnenmarktes, infolge deren bei sinkenden Kaufkraft der Massen mit Rückschlüssen gerechnet werden müsse. Aber auch die Einzelangaben auf diesem Gebiete bieten interessantes Material darüber, daß Lohnverhöhungen in Schlesien lediglich den Versuch der allmählichen Anpassung der Löhne an das Lohnniveau im übrigen Deutschland bedeuten, die infolge des ausgeglichener Preisniveaus erforderlich ist. So wird für die Eisenindustrie als Erziehungsmittel bezeichnet, daß der Vorteil billiger Löhne, der sie vor dem Arge trotz ungünstiger Rohstoffverhältnisse konkurrenzfähig hielt, durch die Angleichung der Lohnverhältnisse in Deutschland in Fortfall komme.

Die Feuerwehr gibt zu diesem Falle folgenden Bericht:

Am 24. Juli, 1 Uhr früh, wurde die Feuerwehr nach Weißgerbergasse 44 alarmiert. Hier stand der hintere Raum eines Kolonialwarenladens in Flammen, die Treppe nach den oberen Stockwerken war stark verqualmt. Während eine Schlauchleitung in Tätigkeit gesetzt wurde, drang ein Trupp über die nach dem dritten Geschos aufgerichtete Magirusleiter, ein zweiter Trupp über die Treppe nach den oberen Wohnungen vor. Im ersten Stock lag die Wohnungseinrichtung durcheinander, im Feuerturm ein Kind ermordet aufgefunden. Der Fußboden war mit Petroleum getränkt. Andere Personen wurden in der Wohnung nicht vorgefunden. Im Kolonialwarenladen wurden Spuren vorsätzlicher Brandstiftung festgestellt. Die Kriminalpolizei wurde benachrichtigt.

Die entwichenen Gefangenen

Gestern morgen, 8.30 Uhr, sind, wie bereits kurz mitgeteilt, während des Spazierganges zwei Gefangene entwichen, und zwar über die Mauer des Untersuchungsgefängnisses nach der Freiburger Straße zu. Dieses Entweichen ist dadurch ermöglicht worden, daß ein dritter Gefangener dem Aufsichtsbereichen vorlag, er sei krank, habe außerordentliche Leidschmerzen, um den Beamten dadurch zu veranlassen, zur Einläßung zu gehen, um dem angeblich erkrankten Gefangenen Zutritt in das Untersuchungsgefängnis zu verschaffen. Vielen Augenblick haben die beiden Gefangenen benützt, um eine Strickleiter an das Fenster des Lazarettis anzuhängen und so zu entweichen. Die Personalien der beiden Gefangenen sind: Paul Szyska, Kraftwagenführer, geboren am 1. Juli 1895 zu Glasdorf, Kreis Nitrowo. Er ist 1,80 Meter groß, hat schwarzes Haar, schwarze Augen und einen Goldschneidezahn. Der zweite heißt Stephan Brodniewicz, Brauer, geboren 31. August 1893 zu Polen. Er ist von mittlerer Größe, schlank und hat blaue Augen.

Geld gehört nicht in den Brief

Legt kein Geld in gewöhnliche Briefe, denn die Post hatet nicht dafür! Der der Geldübermittlung dienende Postanweisungsdienst und Postcheckverkehr ist so einfach, sicher und schnell, daß man geschäftlichen Briefen Geldbeilagen anvertraut. Wie, wenn der Empfänger behauptet, den Brief nicht erhalten zu haben, oder wenn er zwar den Brief bekommen, aber das Geld nicht vorgefunden hat? Wer ist dann der Schuldige und auf wen kann dann der Verdacht fallen, das Geld entwendet zu haben? Täuschlicher Schuldner oder Gläubiger die Abfertigung oder den Mißempfang vor, um sich zu bereichern? Hat ein Angestellter oder ein Haus-

angestellter des Absenders oder des Empfängers oder gar ein Postbeamter Kenntnis von der Geldbeilage gehabt und den Brief unterschlagen oder beraubt? Ist die Sendung infolge mangelhafter Aufsicht oder durch ein Versehen in unrichtige Hände gelangt oder unanbringlich geworden? All diese Möglichkeiten ändern nichts an der Tatsache, daß das Geld verloren ist und noch einmal überwiesen werden muß. Das ist um so bitterer, als niemand für den Schaden haftbar gemacht werden kann, nicht einmal die Post, deren Geschäftspflicht ausschließlich durch das Postgesetz geregelt ist. Hiernach ist die Erziehungspflicht der Post grundsätzlich ausgeschlossen bei Verlust und Verabreichung von gewöhnlichen Briefen und bei Beschädigung (Verabreichung) von Einschreibbriefen. Die Post erlegt lediglich bei Einschreibbriefen 40 Mark, wenn der ganze Brief in ihrem Geschäftsbereich verloren gegangen ist. Darum nochmals: In gewöhnliche oder eingeschriebene Briefe gehören keine Geldbeilagen!

Grundvermögenssteuer und Miete

In Nr. 31 des Breslauer Gemeindeblattes vom 22. d. Mts. ist eine Bekanntmachung über die städtischen Ausgaben für das Rechnungsjahr 1928 (das ist vom 1. April 1928 bis 31. März 1929) enthalten.

Hierzu teilt das Mieteinigungsamt mit: Nach der Verordnung des Ministers für Volkswirtschaft vom 25. Juni 1924 - Gesammmlung Seite 570 - ist der Anteil des einzelnen Mieters am Gemeindezuschlag zur Grundvermögenssteuer, soweit er 100 v. H. übersteigt, durch Umlage nach dem Verhältnis der reinen Friedensmieten zu berechnen. Wollen jedoch Mieter und Vermieter die rechnerischen Umständlichkeiten des Umlageverfahrens vermeiden, so beliebt es ihnen, obwohl eine gesetzliche Verpflichtung hierzu nicht besteht, auch weiterhin überlassen, sich dahin zu verständigen, daß statt des umliegenden Gemeindezuschlages von 150 v. H. 6 v. H. der Friedensmiete erhoben werden.

Aus unserer Kenntnis von den leiterzeitigen Ausschüßberatungen über die Erhöhung der Grundvermögenssteuer, gegen die unsere Genossen gestimmt haben, können wir den Mietern nur raten, entgegen dem Vorschlage, sich auf 6 Prozent Miete mit dem Wirt zu einigen, auf dem Umlageverfahren zu bestehen. Sie werden dabei sicher billiger wegkommen. Wahrscheinlich mit etwa 5 Prozent, so daß dabei eine neue Mieterhöhung um ein Prozent nicht herauskommt.

Bauunfälle der letzten Zeit!

Baustelle Osener Straße (Unternehmer Jaaak). Am 10. April stürzte von einem fünf Meter hohen Schuppendach der Bauarbeiter Karl Hörsner ab. Er erlitt eine Wirbelsäulenverletzung und Gehirnverletzung.

Baustelle Gimpel (Unternehmer Jaaak). Am 2. Juni, vormittags 10 Uhr, der Maurer Bediischke ab. Ein Rippenbruch und Hautabwürgungen ersterer Art waren die Folgen.

Baustelle Gimpel (Unternehmer Jaaak). Beim Einlegen der Drehscheibe wurde am 7. Juni dem Bauarbeiter Ruffanke der rechte Fuß eingequetscht. Die mit einer Lore anführenden Arbeiter konnten diese an der Drehscheibe nicht mehr zum Stillhalten bringen, und so gelang der Unfall.

Baustelle Finanzamt Berliner Straße. Dort wurde der Abputz der Fassade vom Leitgerüst ausgeführt, ebenso wurden von da die notwendigen Klempnerarbeiten gemacht, und dabei stürzte von der Höhe des Hauptgerüsts etwa neun Meter am 16. Juni der achtzehnjährige Klempner Weichner ab. Die hierbei erlittenen inneren Verletzungen führten nach Einlieferung ins Krankenhaus zum Tode.

Baustelle Reichlestraße 2 (Unternehmer Siedlungs-G.) Am 11. Juni verunglückte die Schwerkraft Heider. Beim Absteigen der Treppe fiel sie hinterrücks hin und erlitt einen Bruch der Wirbelsäule und einen Lendenbruch. Auf derselben Baustelle verunglückte am 12. Juni der Arbeiter Polak. Er trug ein Holz mit Schleifmittel auf der Schulter in den Keller, fiel mit dem Holz an den Unterzug der Kellertreppe, stürzte hin und brach ein Bein.

Baustelle Gimpel (Unternehmer Volk). Am 14. Juni verunglückte der Maurerlehrling Damhor dadurch, daß ihm beim Tragen von Betonstücken und Absetzen derselben ein solcher ein Knie und den rechten Fuß quetschte. Ärztliche Hilfe war notwendig.

Baustelle Matieserstraße (Unternehmer Stark). Am 18. Juni, als der Bauarbeiter Gerholz mit dem Ziegel einlegen beschäftigt war, fiel ein Stoß Ziegel um und einige Steine dem G. auf den linken Fußrücken. Er mußte krank ge-
schrieben werden.

Baustelle Scheibenberg (Unternehmer Preuß & Erdmann). Am 23. Juni, vormittags, verunglückte der Träger Kische beim Befestigen des Leitgerüsts. Als er die Leiter hinaufstieg, rutschte diese ab. Kische fiel so unglücklich auf unten liegende Bahnglieder, daß er einen Oberschenkelbruch erlitt und sofort nach dem Allerheiligen-Hospital geschafft werden mußte.

Baustelle Reichsmonopolverwaltung Casparwallen (Unternehmer Huta-Brandt). Am 26. Juni erlitt der Bohrführer Hoffmann eine Quetschung des Zeigefingers der linken Hand. S. kam beim Herausziehen des Bohrers mit dem Finger zwischen Abhangtisch und Bohrbühne.

Baustelle Gimpel (Unternehmer Pfeffer-Bringsheim). Dem Zementarbeiter Mengel, der mit dem Ausschalen der Betonplatte beschäftigt war, fiel eine Betonplatte die ein anderer Arbeiter losgeschlagen hatte, auf den Kopf. Kopfverletzung, harter Bluterguss und Arbeitsunfähigkeit waren die Folgen.

Baustelle Gimpel (Unternehmer Siedlungs-G.) Der Bauarbeiter Kühn war am 26. Juni, nachmittags, mit Kalfschlägen beschäftigt. Beim Einziehen ungeladeten Kalts in die Bühne rutschte er aus, fiel hinein und verbrannte sich beide Beine.

Baustelle Carlowitz (Unternehmer Siedlungsgenossenschaft Eichenborner). Der Bauarbeiter Pfeiffer stürzte am 28. Juni auf ritsem Mauerwerk aus, fiel hin, drehte sich den linken Arm aus und zog sich außerdem einen Bruch des Oberarmes zu.

Baustelle Gzillparzerstraße (Unternehmer Bauhütte). Am 29. Juni, vormittags gegen 10 Uhr, verunglückte der Bauarbeiter Ruder. Ein Träger kante um und quetschte ihm sämtliche Fehlen des rechten Fußes. Er wurde arbeitsunfähig.

Baustelle Neuer Hafen, Promenadestraße (Unternehmer Thme & Pefle). Am 30. Juni rief der Zimmermann Neumann über gelegte Balken, belam Uebergewicht und stürzte mit dem Balken, auf dem er lief, im Treppenhause ab. Beim Fallen wollte er sich an zwei anderen Balken festhalten, zog diese aber ebenfalls mit nach. Die unten liegende Rüstung wurde durchbrochen und der Träger Lober, der gerade die Leiter herunterkam, ebenfalls getroffen. Der Zimmermann erlitt einen doppelten Knöchelbruch und der Träger innere Verletzungen.

Baustelle Maschinenhaus Thielen's Nachf., Schwendelsstraße 15 (Unternehmer Schröder & Fischer). Der Zopferhelfer Jadel war mit dem Hochziehen eines Auspuffrohrs mittels Flaschenzuges beschäftigt. Während des Ziehens brach der Haken, der Topf fiel h. auf den Rücken, die Folge war ein Wirbelsäulenbruch und Muskelfaserreißen. S. wurde arbeitsunfähig.

Baustelle Berliner Platz 24. Der Bauarbeiter Schulz war beim Abbruch einer Wand mit dem Umwerfen derselben mittels Windebebers beschäftigt. Einige Teile der Wand fielen zurück, und Schulz wurde der rechte Fuß verletzt. Die Verbandsstelle des Knochens leistete die erste Hilfe.

Abbruch - Baustelle Clausenstraße, Defabrik (Unternehmer Rojensberg). Der Bauarbeiter Frauch arbeitete auf einem abhockenden Pfeiler, fiel mit diesem um und verletzte sich an der linken Hüfte, am Kopf und am linken Bein. Er mußte nach dem Bräuderlocher überführt werden. Unfalltag 5. Juli.

Baustelle Piegner Straße (Unternehmer Siedlungs-G.) Der Träger Paul Steiner wurde vom Büro nach dem Baubüro Ellenbecksstraße geschickt. Auf der Reusstraße wurde St. mit seinem Kade von einem Auto umgefahren. Er wurde bewusstlos nach dem Allerheiligen-Hospital geschafft. Verletzungen am Unterleib, Bein und Kopf waren die Folgen. Unfalltag 5. Juli.

Baustelle Funkturm, Gaudauer Platz. Dort war ein Mann am 6. Juli gegen Peterabend mit dem Befestigen der Rolle für das Aufzugsseil beschäftigt. Die Rolle einschließlich des Seiles entfiel ihm jedoch, fiel herunter und dem unten arbeitenden Schloßer Hansel auf den Kopf. S. ist bald darauf verstorben.

Baustelle Segauer Straße (Unternehmer Siedlungs-G.) Am selben Tage verunglückte ein genannter Bauarbeiter beim Absetzen von Balken. Er wurde mit dem Ziehen von Balken mittels Winde beschäftigt, und dabei sprang das Drahtseil aus der Rolle heraus. S. verlor das Seil in die alte Lage zubringen, beugte sich jedoch zu weit heraus und stürzte vom Drahtseil ab. Folgen waren Bruch der Wirbelsäule. Sofortige Ueberführung ins Krankenhaus war notwendig.

Baustelle Clausenstraße (Unternehmer Rojensberg). Beim Aufladen von Balken fiel dem Arbeiter Reijer ein solcher auf den linken Fuß und verletzte ihn erheblich. Unfalltag 10. Juli. A. mußte dem Kloster der Barnabizer Brüder überführt werden.

Baustelle Sprottauer Straße (Unternehmer Siedlungs-G.) Der Bauer Akmis war mit dem Reiben der Fußsohle beschäftigt, und dabei spritzte ihm Kalt ins Auge. Binde- und Hornhautentzündung entstanden dadurch am rechten Auge.

Baustelle Piegner Straße (Unternehmer Siedlungs-G.) Am 10. Juli verunglückte der Zimmerer Pieher dadurch, daß er sich beim Reithalten in die Hand schlug. Folgen: Verletzung der Hand. Ärztliche Hilfe war nötig. Am 19. Juli fiel auf derselben Baustelle dem Lehrling Wolka ein Brett auf den Kopf. Er erlitt dadurch eine schwere Gehirnverletzung.

Kraftomibus nach der Heinhauer - Wilde Löcher
Der Schlesische Verkehrsverband teilt mit, daß Sonntag, den 29. Juli, die Kraftomibusfahrt nach der Heinhauer-Wilde Löcher wiederholt wird. Abfahrt 8 Uhr von Lanzenberg - Südbusch - über Reichensberg, Wüschelsberg nach Carlsberg; hier gemeinsames Mittagessen. Preis etwa 1.50 Mark. Rückfahrt über Annaba nach Reiners. Rückfahrt 16½ Uhr mit Aufenthalt in Reichensberg. Fahrkarten zum Preise von 1.00 Mark für die Fahrt nach und von der Anfahrtsstelle des Verkehrsverbandes in der Verkehrshalle des Hauptbahnhofs - Östlinger - vorläufig von 8 bis 18 Uhr zu haben.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 36

Direkt 15. Morgen abends, 8 Uhr, bei Heinrich, wichtige Funktionär-Versammlung. Alle Helfer sind ebenfalls eingeladen.

Sozialistische Jugend
Schauspiel. Alle Mitglieder sind heute mit Instrumenten um 20 Uhr an dem vom Spielleiter beauftragten Treffpunkt. Morgen Übungsabend.
Anspieldahl. Mittwoch sind alle Spieler mit Instrumenten um 20 Uhr in der Turnhalle.
Musikabend Nord (SAB). Donnerstag sind wir um 20 Uhr in der Turnhalle.
Abteilung D.F.S. (Viebnacht). Donnerstag treffen wir uns um 19.30 Uhr am Musikklub.
Abteilung West. Donnerstag, 20 Uhr, bei Graf, Westendstraße, Zusammenkunft. Alles hat zu erscheinen.

Sozialistische Arbeiterjugend
Heute 4. Morgen abends (Mittwoch), sind alle Genossinnen und Genossen zur Vorbereitung zum Spieltag um 7.30 Uhr, auf der Lindenwiese.
Heute 8. Heute abends, Punkt 20 Uhr, wichtige Funktionär-Versammlung. Dazu muß jeder Funktionär bei Genossen Detn, Seelenstraße 19, erscheinen. Jeder bringt ein Monatsprogramm mit. Morgen abends, Punkt 19.30 Uhr, am Heim. Wir gehen auf die Planzhöhe.

Freiwerkschaftliches Jugendferien
Metallarbeiter-Jugend. Heute kommen wir ab 19 Uhr im Heim zusammen. Wir sprechen über das Thema: „Die Arbeit des Betriebsrates im Aufschicht“.
Baugewerks-Jugend. Mittwoch, den 25. Juli, haben wir ab 20 Uhr im Heim einen „Auerbunten Abend“.
Befehlshaber-Jugend. Dienstag, pünktlich 6.30 Uhr. „Spiel und Sport“. Alles ist anzuweilen, da die Kälte-Sportmannschaften für das Waldfest aufgeht werden. - Mittwoch, 7.30 Uhr, Tanzkreis.
J.B.-Jugend. Heute 20 Uhr, Heim 1. Spiel, Sport und Tanz auf der Waldhöhe, Grödenbergstraße. Heute 2. Spiel und Tanz im Schenker. Treffen 20 Uhr vor dem Heim, Osener Straße 12, Donnerstag, den 26. Juli, 20 Uhr, Heim 1, auf der Waldhöhe, Seidenstraße, (Käse-Gasthaus). Heute 2. ebenfalls heute. (Käse-Gasthaus). Treffen wie üblich.

Band der Freidenkerjugend.
Heute, Dienstag, 20 Uhr, besprechen wir das kommunistische Manifest weiter.

Bund der Arbeiterkinderfreunde
Gruppe 3 (Dortort). Liebe Eltern! Die Trebnitzfahrer treffen heute, Dienstag, 19.30 Uhr am Dortortabend ein.
Gruppe 4. Heute, Dienstag, treffen sich beide Gruppen am Westpark. Wir gehen in den Eigenpark. Bringt die richtigen Beiträge und Kaufzeitung mit.
Gruppe 7. Treffen pünktlich, nicht verzögern. Kinder um 5 Uhr an der Westerschule. Bringt die richtigen Beiträge mit. Unsere Freitag-Besprechungen finden bis zum Ferienbeginn auf der Planzhöhe statt. Sonntag gehen auf Fahrt. Näheres heute in der Gruppe.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir kostenlos Zustellungen aus unserem Verzeichnis, für die wir die arbeitslose Bevölkerung übernehmen. Die Redaktion.

Gingefandt

Der gestohlene Herr Sekretär.
Im Hause Rosenthalstraße 18 wohnt ein sehr kinderliebender Herr. Er ist Sekretär und heißt „Schaffner“. Den im Hofe spielenden Kindern will er lockendes Bonbon ausfallen. Unachtsamlich spielender Kinder kommen auf der Straße gerannt vor, so daß die Kugelkugeln fröhlich sind, wenn ein Süßchen auf dem Hof im Spiel der Kinder auf den Kopf fällt. Vor kurzer Zeit ist ein kostbarer Kasten aus demselben Hause aus der Straße überfahren worden und kurz im Krankenhaus. Ein Verbot des Hausstrafs für das Spielen der Kinder im Hof, ist nicht, so daß das Vorgehen des Herrn Sekretär eigener Nachtgesundheit herrührt.

Geschäftliches

Ein neues Automobil-Karnteramt von Deutschland, bestehend aus 80 Einzelkartern, im Restposten von 1:300 000 und einer Ueberzahlkarte ist von der Deutschen Automobil-Gesellschaft A.G. herausgebracht worden. Dieser Anteil ist in Deutschland zu haben und in verlässlicher, sehr guter Qualität aus Harzplatte verpackt. Ist die neuartige, sieben Jahre lang haltbare Ausführung des Karnters und der angrenzenden Länder unter besonderer Berücksichtigung der Automobilisten. Die Karten sind ferner die offiziellen Automobil-Karnter der A. V. D. und des A. V. E. und in diesem Umfang bisher in Deutschland noch nicht zusammengeführt. Die Firma Dunlop hat mit diesem Karnteramt, das zum Preise von 10,00 Mark einschließlich Porto und Verpackung innerhalb Deutschlands von der Firma abgegeben wird, jedem Automobilfahrer scheinbar einen wertvollen Dienst erwiesen, zumal bei dem Wert zum genannten Karnterpreis, der, wie wir hören, weit unter dem Herstellungspreis liegt, abgibt.

Naturfreunde-Kinderwanderungen

Unsere dritte Wanderung findet Mittwoch, den 25. Juli, statt. Alle Kinder, die im Besitze einer Teilnehmerkarte sind, treffen sich früh 8 Uhr am Gewerkschaftshaus. Verpflegung sowie Bedienung und einen Trinfbecher oder kleinen Topf mitbringen. „Berg frei!“ Touristen-Verein „Die Naturfreunde“.

Der gute Mann und Stiefvater

Der 43 Jahre alte Antreiber G. behauptet von sich, daß er ein sehr guter Chemann und auch ein guter Stiefvater sei. Das vertritt er nicht mit der Strafsache, wegen der er am Montag vor dem Großen Schöffengericht stand. Es wurde ihm vorgeworfen, daß er seine 19 Jahre alte Stieftochter, eine Verkäuferin, schwer mißhandelt habe, und zwar mit allen möglichen Küchengeräten, ferner mit einem Eimer, einer Kohlenkugel und anderen gefährlichen Werkzeugen. Auf diese Mißhandlungen hat das Mädchen in den Jahren 1925/26 über sich ergehen lassen müssen. Inzwischen ist die Ehe geschieden und der Mann war als der allein schuldige Teil erklärt worden. Die Frau zog vom Mann fort und nahm ihre Tochter, die sie mit in die Ehe gebracht hatte, mit. Die Verhältnisse hatten sich vorher recht ungünstig gestaltet. Nachdem die Ehe geschieden worden war, hatte die Frau nicht bald Wohnung finden können und sie mußte diese deshalb mit ihrem Mann teilen. Da gab es täglich Auseinandersetzungen, schwere Bedrohungen und öfters auch Prügel. Wegen einer solchen Prügelzene der Frau gegenüber, hatte sich G. ebenfalls zu verantworten. Er soll die Frau in heftiger Weise mit beiden Händen an den Kopf geschlagen haben. Die geschiedene Frau hatte zwar auch noch die Betreuung des Mannes wegen anderer Mißhandlungen verlangt, aber insofern war die Sache bereits verurteilt. Der Angeklagte meinte vor Gericht, die Frau habe die Schläge verdient, der Vorbehalt vertrat aber die Ansicht, daß man die Frau überhaupt nicht „verdröhen“ dürfe. Das sei unmöglich. Von der Tochter sagte der Angeklagte, sie sei gar nicht so schlimm geschlagen worden, als sie es hinstelle. Sie habe nicht geschrien und wollte auch oftmals keinen Staub wischen. Die geschiedene Frau beständige die Angaben der Tochter. Trotz des nahen verwandtschaftlichen Verhältnisses wurden diese beiden Zeugen verurteilt. Die Frau erzählt, daß der frühere Ehemann ein Kenner sei, der den ganzen Tag als Küchenschmied auf dem Stuhle saß, der aber von anderen Leuten ständig Arbeit verlangte. Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 15 Mark oder drei Wochen Gefängnis. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 16 Tagen Gefängnis. Im Hausflur bedrohte der Angeklagte dann seine frühere Frau.

Erdung im Elektricitäts-Werk

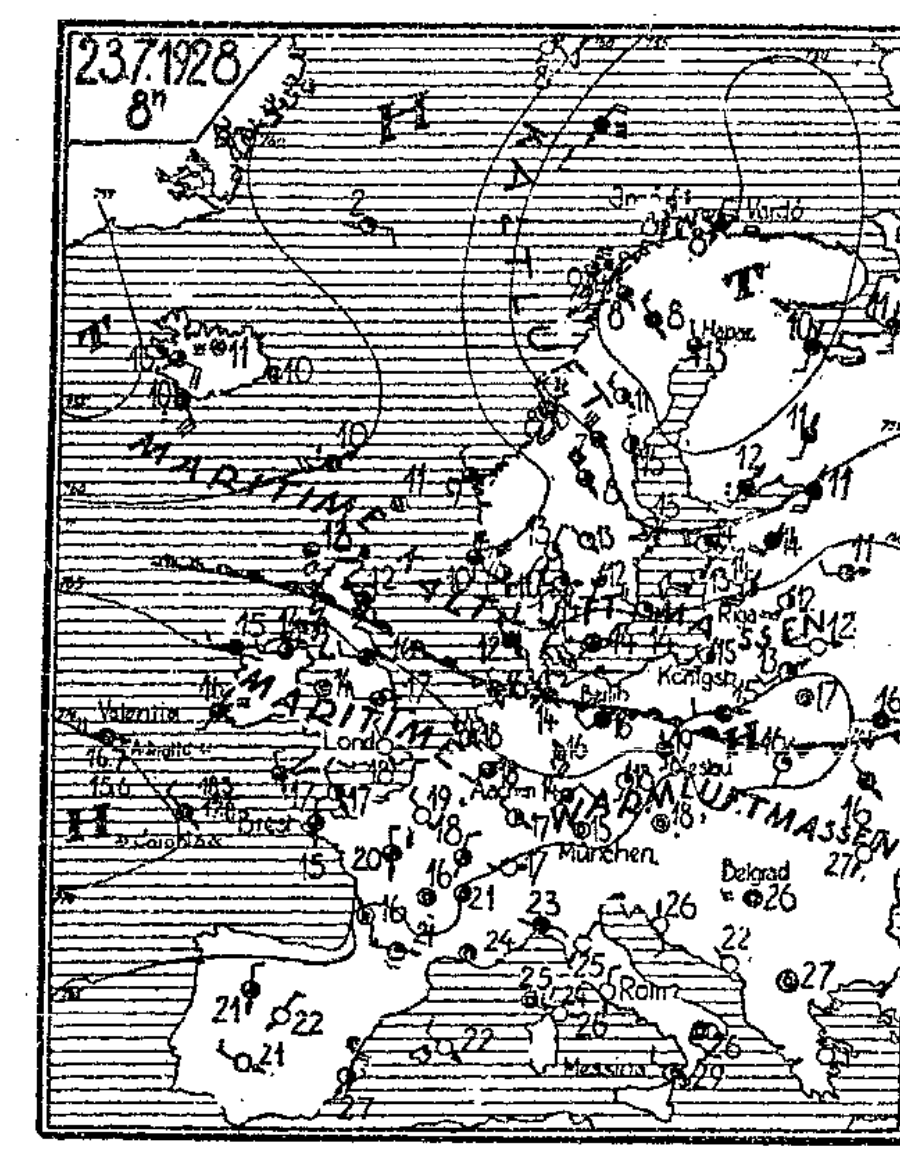
Infolge einer plötzlichen, getretenen Erdung bei der Regulierung einer 10 000 Kilowatt-Lampe im Dampfkräftwerk am Scheibenberg ist am Sonntagabend gegen 22 Uhr eine Unterbrechung in der Stromzufuhr eingetreten. Im Hauptwerk selbst hatte die Erdung nur wenige Minuten angehalten, dagegen konnten die Stromlos gewordenen Maschinen in den Unterwerken nur allmählich eingeschaltet werden, wodurch die Befestigung der Erdung etwas längere Zeit in Anspruch genommen ist.

Bei einer Schlägerei schwer verletzt

Im Verlaufe einer Schlägerei, die sich heute nacht um drei Uhr zwischen mehreren Männern entspann, wurde der Maurer Bruno Stemppowski von einem unbekannten Manne schwer verletzt, der ihn mit einem scharfen Gegenstand in den Unterleib schlug und dann unerkannt das Weite suchte. Ein herbeigerufener Arzt veranlaßte die Ueberführung des Verletzten in das Allerheiligen-Hospital, da Scheinbar durch den Stich schwere innere Verletzungen verursacht worden waren.

600 Mark Versicherungsgelder unterschlagen

Der Kontorist Albert Müller, zuletzt Auguststraße 155 wohnhaft, war in einem hiesigen Café als Buchhalter beschäftigt, wo er unter anderem auch die Eingehung und Abführung der Versicherungsbeiträge des Personals zu erledigen hatte. Die Gelder hat er nun seit einiger Zeit einfach für sich verbraucht und ist mit fast 600 Mark belaufenden Summe geflüchtet. Er konnte gestern festgenommen werden.
Freiwillig aus dem Leben geschieden ist die Witfrau S., die sich in ihrer Wohnung in der Hedwigstraße mit Leuchtgas vergiftete.
Schauspielhaus. Heute, Dienstag, und die folgenden Tage, gelangt Bruno Granichstadiens großer Operette-Schlager „Evelyne“ zur Aufführung. Der Aufenthalt im Theater ist ein angenehmer, da der Zuschauerraum sehr gut gelüftet ist.
Viktoria-Theater. Nur noch kurze Zeit „Breslau ohne Hund“ - Viktoria-Garten-Theater, täglich 8 Uhr, „Blitzlichterschlag“ und das übrige Programm.
Pierich-Theater. „Die lustige Sünderin“, der neue große Erfolg im Pierich-Theater, geht täglich 8 Uhr in Szene. Es wird nochmals gebeten, die Karten nach Möglichkeit im Vorverkauf zu besorgen, um den Andrang an der Abendkasse, der stets eine Verpätung des Beginns verursacht, zu vermeiden.



Unklarer Wetterbericht

Beim Durchgang der Störung 38 A ist es in Schlesien vorwiegend zu leichteren Niederschlägen gekommen. Noch immer zeigt die Wetterlage keine durchgreifende Veränderung. Da wir auch weiterhin mit der Folge milder Westluftmassen zu rechnen haben, so hält das teils wolfige, teils heitere und tagsüber mäßig warme Wetter an.

Wassichten für das schlesische Flachland und Mittelgebirge:
Nordwestwind, wolfige, vielfach aufsteigerndes und tagsüber mäßig warmes Wetter, kein aber nur geringer Niederschlag.
Wassichten für das schlesische Hochgebirge:
Aufsteigender West, wolfig bis heiter, kein oder nur geringer Niederschlag, etwas wärmer.

Datum: 24. 7. 28	Temperatur			Wetter	Wind	Niederschlag mm	Wasserstand cm
	heute früh	Maxim. 24 Stunden	Min.				
Grünberg ...	15	22	14	bewölkt	SW 3	1.0	
Heide ...	16	25	11	..	SW 3	gering	
Sprottau ...	15	20	11	..	WSW 1		
Piegeln ...	15	21	18	..	WS 4	gering	
Schiffingberg ...	18	27	14	..	WS 8		
Schiffingberg ...	11	21	7	..	WS 3		
Schiffingberg ...	11	21	4	..	WS 1		
Schiffingberg ...	8	14	7	bewölkt	W 6	0,2	
Schiffingberg ...	19	28	11	..	SD 1		
Reichensberg ...	17	26	10	..	SD 1		
Kriern ...	17	26	10	..	SD 1	gering	
Treibitz ...	17	26	10	..	SD 1		
Obbau ...	17	26	10	..	SD 1	1,0	
Schiffingberg ...	18	26	11	..	SD 1		
Schiffingberg ...	18	26	10	..	SD 1	1,5	
Schiffingberg ...	14	26	10	..	SD 1		
Schiffingberg ...	13	28	11	..	SD 1		
Schiffingberg ...	16	26	10	..	SD 1		
Schiffingberg ...	17	26	10	..	SD 1		
Schiffingberg ...	17	26	10	..	SD 1		
Schiffingberg ...	16	28	11	..	SD 1		
Schiffingberg ...	17	26	10	..	SD 1		
Schiffingberg ...	19	26	9	..	SD 1	gering	
Schiffingberg ...	17	26	10	..	SD 1		
Schiffingberg ...	19	26	9	..	SD 1	gering	
Schiffingberg ...	15	26	11	..	SD 1	gering	

Wasserstand

24. Juli.
Kallborn 0,72 | Ranken (Unter-Pegel) 1,24
Mieße (Stadt) vom 23. 7. 0,70 | Döhrndorf 0,44
Neuewindung (Unter-Pegel) ... 1,20 | Abflugmenge letztendlich 22 cbm
Brieg (Wassertram) 1,31 | Fichtenberg vom 23. 7. 0,12
Treibitz 1,00 | Wasserwärme + 21,°

* Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie. Die Haupt- und Schlußziehung beginnt am 8. August. Die Erneuerung der Lose zu dieser Hauptklasse muß planmäßig spätestens bis Mittwoch, den 1. August, abends 6 Uhr, bei Verlust des Anrechts in der zuständigen Lotterie-Einnahme erfolgen. In einzelnen Lotterien-Einnahmen sind auch noch wenige Kauflose zu haben.

* Segelflugwettbewerb Ferdinand Schulz-Marienburg wird auf Einladung der Schlesischen Funktionäre voraussichtlich heute, gegen 19.30 bis 20.30 Uhr, über Segelfliegen sprechen und ihm gestellte Fragen beantworten. Der Vortrag dürfte für alle Freunde des Riesengebirges und der Fliegerei überhaupt von großem Interesse sein.

* Bei einer Schlägerei schwer verletzt. Im Verlaufe einer Schlägerei, die sich heute nacht um drei Uhr zwischen mehreren Männern entspann, wurde der Maurer Bruno Stemppowski von einem unbekannten Manne schwer verletzt, der ihn mit einem scharfen Gegenstand in den Unterleib schlug und dann unerkannt das Weite suchte. Ein herbeigerufener Arzt veranlaßte die Ueberführung des Verletzten in das Allerheiligen-Hospital, da Scheinbar durch den Stich schwere innere Verletzungen verursacht worden waren.

* 600 Mark Versicherungsgelder unterschlagen. Der Kontorist Albert Müller, zuletzt Auguststraße 155 wohnhaft, war in einem hiesigen Café als Buchhalter beschäftigt, wo er unter anderem auch die Eingehung und Abführung der Versicherungsbeiträge des Personals zu erledigen hatte. Die Gelder hat er nun seit einiger Zeit einfach für sich verbraucht und ist mit fast 600 Mark belaufenden Summe geflüchtet. Er konnte gestern festgenommen werden.
Freiwillig aus dem Leben geschieden ist die Witfrau S., die sich in ihrer Wohnung in der Hedwigstraße mit Leuchtgas vergiftete.
Schauspielhaus. Heute, Dienstag, und die folgenden Tage, gelangt Bruno Granichstadiens großer Operette-Schlager „Evelyne“ zur Aufführung. Der Aufenthalt im Theater ist ein angenehmer, da der Zuschauerraum sehr gut gelüftet ist.
Viktoria-Theater. Nur noch kurze Zeit „Breslau ohne Hund“ - Viktoria-Garten-Theater, täglich 8 Uhr, „Blitzlichterschlag“ und das übrige Programm.
Pierich-Theater. „Die lustige Sünderin“, der neue große Erfolg im Pierich-Theater, geht täglich 8 Uhr in Szene. Es wird nochmals gebeten, die Karten nach Möglichkeit im Vorverkauf zu besorgen, um den Andrang an der Abendkasse, der stets eine Verpätung des Beginns verursacht, zu vermeiden.

Verbt ständig für unsere Zeitung!

Kreistag des Landkreises Breslau

Die Voheregulierung kommt. — Ausbau der Wohlfahrtspflege. — Gegen die Arbeitsmarktbeschränkung der Stadt Breslau. — Wahl des Kreis Ausschusses und Kommissionen

Im Kreishaufe trat gestern vormittag der neugewählte Kreistag des Landkreises zu seiner ersten Tagung zusammen. Neben den vollzählig versammelten Kreistagsabgeordneten sah man auch zahlreiche Gäste in dem Zuschauerraum und einen vollbesetzten Pressetisch.

Landrat Bachmann eröffnete die Sitzung mit einer kurzen Ansprache, in der er einen Überblick über die dem Kreise nach der Ausgemeindung nach Breslau obliegenden Aufgaben und der hierbei entstehenden Schwierigkeiten gab, die Vertreter von Kottwitz und Brodau und die neu in den Kreistag eintretenden Abgeordneten besonders begrüßte und zum Schluß betonte, daß das Zusammenwirken aller Kräfte im Interesse des Kreises keine politische Farblosigkeit bedeuten solle. Der Landrat als politischer Beamter habe daher auch die Aufgabe, die positive Einstellung zum neuen Staate zu fördern, dem neuen Staate und seinen Symbolen, auch da, wo Liebe nicht erwartet werden kann, Achtung zu schaffen. Mit dem Wunsche, daß dieser Grundsatz oberstes Gesetz aller Handlungen, auch der Kreis-Körperschaften sei, schloß er die einleitende Ansprache, worauf der Kreistag nach Prüfung der ordnungsmäßigen Einladung der Abgeordneten in die Tagesordnung eintrat.

Da Einsprüche gegen die

Wahl des Kreistages

nicht vorlagen, wurde die Gültigkeit der Wahl einstimmig anerkannt. Der neue Kreistag hat demnach dreizehn Abgeordnete der Sozialdemokratischen, sieben Abgeordnete der Deutschnationalen, vier Abgeordnete der Zentrumspartei, sowie je einen Abgeordneten der Deutschen Bauern- und der Deutschen Volkspartei. Nach einem Bericht des Abg. Groß-Brodau (Ztr.) wird die Rechnungsabgrenzung der Kreis-Kommunalkasse für das Rechnungsjahr 1926/27, sowie der Kreis-Spar- und Girokasse vorgenommen. Alsdann folgt die Beratung des gedruckt vorliegenden und vom Landrat kurz erläuterten Verwaltungsbereichs, der nach Beantwortung einer Anfrage des Deutschnationalen Bleul einstimmig genehmigt wird. Der Landrat weist dabei auf die Unleihe des Kreises hin, die in Höhe von einer halben Million — ursprünglich war eine Million vorgesehen — zu verhältnismäßig günstigen Bedingungen aufgenommen wurde.

Der Haushaltsplan

und die Festsetzung der Kreissteuern für 1928 führen nach einer einleitenden Begründung des Landrats, in der auf das besonders schwierige Straßenbauproblem des Kreises Breslau als Durchgangskreis der Hauptstadt hingewiesen wurde, zu einer ziemlich ausgebreiteten Debatte, in deren Verlauf von der Sozialdemokratischen Fraktion eine Reihe bedeutsamer Anträge gestellt und zur Abstimmung gebracht wurden.

Nach einer kurzen Bemerkung des Abg. Bleul (Dnat.) ergreift Genosse Schiffer das Wort, verweist auf den, vielen überraschend gekommenen Erfolg der Sozialdemokraten bei den Kreistagswahlen und legt bei Besprechung der einzelnen Emissionspositionen die Gesichtspunkte der Sozialdemokratischen Fraktion, die in verschiedenen

Anträgen

zur Regelung der ärztlichen Versorgung Hilfsbedürftiger, zur Voheregulierung und zu dem Beschluß der Breslauer Stadterwaltung, vorzugsweise Breslauer Arbeiter zu beschäftigen bzw. die Vergabe von Arbeiten, hiervon abhängig zu machen, und zur Straßenbaufrage ihren Niederschlag gefunden hatte, dar. Außerdem spricht er den Wunsch aus, daß von den kreiseigenen Unternehmungen künftighin ein Sonderetat — derzeit ist nur der Ueberfluß im allgemeinen Haushaltsplan ausgewiesen — vorgelegt werde.

Wesentlich kürzer und weniger umfassend sind die Ausführungen der nun folgenden bürgerlichen Redner von Lieres-Keppline (Dnat.), der bemerkenswerterweise den meisten der sozialdemokratischen Anträge beitrifft, und Nawroth-Groß-Mohbern (Ztr.). Abg. Genosse Klose unterstreicht die Ausführungen des Genossen Schiffer, die von Nawroth teilweise falsch verstanden wurden, und nimmt eingehend zu den sozialdemokratischen Anträgen Stellung. Im Mittelpunkt aller Erörterungen müsse der Mensch stehen, zu

dessen Gesunderhaltung, wie bei der Flußregulierung, die vorzuziehenden Maßnahmen mehr dienen, wie alles andere. Die falsche Sparpolitik mancher Gemeinden bei der

ärztlichen Versorgung Hilfsbedürftiger

führt später zu hohen Unkosten. Daher der sozialdemokratische Antrag, der durch Vereinbarung mit den Ärzten oder mit den Krankenkassen, die ärztliche Versorgung einheitlich regeln, kontrollieren und den umständlichen Instanzenweg verkürzen. Der Straßenbau müsse von der Engherzigkeit und Unfähigkeit mancher Gemeinden oder Interessen losgelöst unter weiteren Gesichtspunkten betrieben und die Voheregulierung ebenfalls als vorbeugende Maßnahme vorrangig gefördert werden. Der Kreisfürsorgeausschuß, den die Sozialdemokraten beantragen, ist unbedingt erforderlich, um eine Inflation zu schaffen, in der Einsprüche gegen die Entscheidungen der Gemeindeverwaltungen schnell erledigt werden können. Damit werden Gesundheitsamt und Wohlfahrtsamt entlastet und viele Klagen Hilfsbedürftiger abgestellt.

Abg. Genosse Schiffer wendet sich dann gegen den Zentrumsmann Nawroth, der es für notwendig hielt, sich hier als Friedensengel zu empfehlen. (Heiterkeit.) Wir haben derartige Mahnungen nicht nötig. (Beifall links.) Wenn Sie meinen, uns den Mittelweg in der Anlehnung an Rechts empfehlen zu können, dann haben Sie sich getäuscht. Die Sozialdemokraten verlangen durchaus nichts Unbilliges und unsere Anträge können von jedermann angenommen werden.

Abg. Nawroth (Ztr.) meint hierauf, es sei nichts neues, was die Sozialdemokraten hier als neugelegtes Ei (Heiterkeit) präsentierten. Man solle doch nicht so sprechen, als sei bisher nichts getan worden. Der deutschnationale Sprecher v. Lieres-Keppline hat wegen dem sozialdemokratischen Antrage, mit Ärzten oder Krankenkassen im Anschluß an die bereits gepflogenen Verhandlungen des Landgemeindevorstandes wegen einer einheitlichen Armenfürsorge zu verhandeln, natürlich finanzielle Bedenken, obwohl über das Ergebnis dieser Verhandlungen ja erst noch beschlossen werden muß. Auf die Anfrage der Sozialdemokraten bezüglich des Standes der

Voheregulierung

antwortet der Landrat, daß

das Projekt bisher vom Kulturamt ablehnend behandelt wurde. Erst die erneuten Hochwasserchancen haben zu einem Meinungsumschwung und dann zu den bekannten (von den Sozialdemokraten angeregten — Red.) Beschlüssen des Hauptausschusses des Landtages geführt. Nunmehr sei man soweit, daß das Projekt schon im Laufe der nächsten Woche in den interessierten Gemeinden ausgelegt werden könne. (Beifall.) Es sei daher zu hoffen, daß man mit einer baldigen Realisierung des im Februar 1927 fertiggestellten Projektes rechnen könne.

Dem sozialdemokratischen Wunsche, von den Eigenunternehmen, die nach kaufmännischen Grundsätzen geführt werden, dem Haushaltspläne künftighin die Bilanzen beizufügen, könne entsprochen werden. Nach weiteren Bemerkungen des Landrats und einiger Abgeordneter wird der Haushaltsplan einstimmig angenommen.

Es folgt nun die Abstimmung über die sozialdemokratischen — andere Parteien hatten keine eingebracht — Anträge. Der folgende Antrag über Aufstellung eines Programms und die Lastenteilung für den

Straßenbau

wird, nachdem Abg. von Lieres über die Tragweite dieses Beschlusses Bedenken geäußert und Genosse Klose ihm kurz geantwortet hat, angenommen.

Der Kreistag beschließt, den Kreis Ausschuß zu beauftragen:

- ein Straßenbauprogramm für die nächsten zehn Jahre aufzustellen,
- dem Kreistag eine Vorlage zu unterbreiten, nach der die Lasten für den Straßenbau nach Maßgabe des Interesses gemäß § 10 des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes auf dem Wege der Vozausbelastung unterverteilt werden,
- beide Vorlagen sind dem nächsten Stat.-Kreistag so rechtzeitig vorzulegen, daß die Fraktionen auch Gelegenheit haben, dazu Stellung zu nehmen.

Ohne Debatte wird auch der äußerst wichtige Antrag über die Ausgestaltung der

Wohlfahrtspflege

in folgendem Wortlaut angenommen:

Der Kreis Ausschuß hat in seiner Sitzung am 17. April 1928 beschlossen, die Wohlfahrtsämter des Bezirksfürsorgeverbandes Breslau-Land nach Maßgabe der Fürsorgepflichtverordnung in Verbindung mit der Verordnung zur Änderung der preussischen Ausführungsgeleizes zur Fürsorgepflichtverordnung vom 28. März 1925, Br. Ges.-Sammlung S. 5, unter anderem zu teilen. Dieser Beschluß ist am 1. April dieses Jahres in Wirkung getreten.

Dieser Beschluß des Kreis Ausschusses hat unter großen Teilen der Bevölkerung des Kreises Beunruhigung hervorgerufen. Es wird befürchtet, daß in der Zukunft auf wohlfahrtspflegerischem Gebiet recht wenig geleistet werden wird. Insbesondere ist die ärztliche Versorgung Hilfsbedürftiger in der jetzigen Form äußerst mangelhaft. Der Kreistag beschließt daher, den Kreis Ausschuß zu beauftragen:

- Ueber die Erfahrung dieser Neuregelung mit Ablauf des ersten halben Jahres, dem Kreistag Bericht zu erstatten.
- Sofortige Verhandlungen mit Ärzten oder Krankenkassen, wie sie schon vom Verband der Landgemeinden gepflogen wurden, von Kreiswegen aufzunehmen und über das Ergebnis ebenfalls zu berichten.

Sollte ein Kreistag nicht stattfinden, so ist den Kreis tagmitgliedern schriftlicher Bericht zu geben.

Bei dem Antrag auf Wahl eines

Kreisfürsorgeausschusses:

Um die vielen Klagen über Entscheidungen örtlicher Fürsorgeausschüsse prüfen zu können, und eine gleichmäßige Durchführung der Wohlfahrtspflege zu gewährleisten, wird beim Wohlfahrtsamt ein Kreisfürsorgeausschuß gebildet, dessen Mitglieder vom Kreistage gewählt werden,

wird die Rechte lebhaft und vermutet offenbar gänzlich unmotivierter Weise irgend ein „tauffisches“ Gaukelspiel der Sozis hinter diesem sachlich unanfechtbaren und zweckmäßigen Vorgehen. Da eingewendet wird, daß Anträge, die einen eigenen Tagesordnungspunkt darstellen, vierzehn Tage vor der Tagung einzureichen sind, kommt man schließlich überein, den Antrag auf die nächste, in vier Wochen in Aussicht genommene Tagung des Kreistages zu legen.

Mit viel Temperament begründet alsdann Abg. Genosse Klose-Groß-Mohbern folgende

Entscheidung:

Der Kreistag hat mit Befremden von dem Beschluß der Körperschaften der Stadt Breslau Kenntnis genommen, nach welchem alle nicht im Wohnbild der Stadt wohnenden Arbeiter nicht nur von rein häuslichen Arbeiten, sondern auch von Arbeiten, die von anderen Behörden und selbst privaten Arbeitgebern ausgeführt werden, ausgeschlossen werden sollen.

Dieser Beschluß wird mit heftiger Enttäuschung der Stadt begründet. Dabei wird übersehen, daß die steuerliche Leistungsfähigkeit zu einem erheblichen Teile durch den Charakter der Stadt Breslau als Betriebsgemeinde über der Leistungsfähigkeit der Nachbargemeinden, denen alle Lasten als Wohnortgemeinden (Armen-, Soz. und Erwerbslosen-lagen) verbleiben, liegt.

Der Beschluß stellt eine unerhörte Einschränkung der Freizügigkeit und der Gewerbefreiheit und, soweit nicht Breslauer Arbeitgeber in Betracht kommen, einen Uebergriff schlimmster Art dar, und ist noch unverständlicher, seit von der Reichsanstalt für Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung ein einheitliches Wirtschaftsgebiets durch Zusammenlegung der beiden Arbeitsnachweise festgestellt und beschlossen worden ist.

Der Kreistag erwartet, daß von der Kreisverwaltung und den übergeordneten Behörden der Stadt alles getan wird, um diesen unerhörten Eingriff der Stadt in das Wirtschaftsleben des Kreises zurückzuweisen.

Die Entscheidung wird, trotz geltend gemachter Bedenken, wegen ihrer etwas energiegelassen Formulierung, einstimmig in dieser Fassung angenommen.

Verhältnismäßig schnell widert sich nun die weitere Arbeit des Kreistages ab. Der Haushaltsplan der Kreis-Spar- und Girokasse, der in Ausgabe mit 125 000 Mark abschließt, wird ebenso angenommen, wie ein Antrag des Kreis Ausschusses auf Zusammenlegung einer Reihe Fonds zu zwei gleich hoch dotierten (je 88 000 Mark)

Fonds für Meliorationszwecke und Errichtung einer landwirtschaftlichen Winterschule.

Weiter beantragte der Kreis Ausschuß, wie es schon in vielen anderen Kreisen der Fall ist, für die Kreis Ausschuß-Mitglieder eine gleiche Anzahl von Stellvertretern zu wählen, um so eine stetige Besetzung der Kreis Ausschuß-Sitzungen auch im Verhinderungsfalle einzelner Mitglieder zu gewährleisten. Der Antrag wird angenommen und anschließend in die

SINDBAD DER SALEM-RAUCHER.

erzählt weiter:

Wir armen Schiffbrüchigen wanderten in der Dunkelheit verzweifelt auf der Inselumher, als plötzlich ein gewaltiger scheußlicher Riese zähnefletschend vor uns auftauchte. Es gab kein Entrinnen. Wie Kinderspielzeug griff er uns mit seinen Klauen und schleppte uns in seine Höhle. Vor unseren entsetzten Augen nahm er unseren wohlbelebten Kapitän, briet ihn am Feuer und fraß ihn mit Haut und Haar. Dann legte er sich schnarchend zur Ruhe. Von nun an fraß er täglich einen meiner Genossen, und mit bebender Angst sahen wir unser aller Ende nahen, bis mir plötzlich ein rettender Gedanke kam.

Aber bevor ich weitererzähle, laßt uns die Erinnerung an die schrecklichen Zeiten mit dem wundervollen Geschenk Allahs in dem duftenden Rauch meiner geliebten Cigarette wohlthätig verschleiern. Allah lenkte alles zum Guten, und heute genießen wir in Ruhe und Frieden die Früchte meiner Arbeit, die herrliche süß-milde

CIGARETTE

SALEM AUSLESE

Heute in Deutschland in allen Spezialgeschäften erhältlich



5 Pf.



(Fortsetzung folgt)

Wahl des Kreisaußenbüros.
sowie der Stellvertreter einzelner. Gewählt wurden im Ver-
hältnis der Fraktionsstärke der Parteien:

- von Pieren-Reppine, Dnat.,
- Scholz-Ling, Dnat.,
- Kawroth-Groß-Machern, Jtr.,
- Schmiegel-Groß-Schottgau, SPD.,
- Schiffel-Schmöll, SPD.,
- Klöse-Groß-Machern, SPD.

Als Stellvertreter wurden von der SPD. die
Genossen

- Kleinert-Klettendorf,
- Biewald-Groß-Machern,
- Wohnig-Katteln

gewählt.

Beim Kreisgericht-Schiedsgericht gefällt es den Deutschnationalen nicht, daß die SPD. auch einen Kandidaten für die Verpächter aufgestellt hätte. Nach einer kurzen Verhandlung werden drei Deutschnationale als Verpächter und die vier SPD-Kandidaten Rionke-Opferau, Schneider-Groß-Machern, Hermann-Herrmannsdorf, Verlei-Schmöll gewählt. Das Schiedsgericht hat somit eine sozialdemokratische Mehrheit. Für den Gewerbesteuer-Ausschuß werden von der SPD. die Genossen Kluge-Koberwitz, Franke-Zachonau, Pollock-Oltajin und für den Verwaltungsrat der Kreispartei die Genossen Kluge-Oltajin und Münchenberger-Schötmig benannt.

Zur Wahl eines

Amtsvorsteher in Rottwitz

Nagt ein mit vielen Unterschriften gezielter Voranschlag der Bevölkerung des Amtes vor, der den Amtsvorsteher Jiebis vorschlägt. Herr Jiebis wird, nachdem Abg. Genosse Kluge festgestellt, daß grundsätzlich das Voranschlagsrecht gemäß dem Amtsstatut gelassen, nach wie vor der stärksten Partei im Amtsbereich zufällt, gewählt. Zu Vertrauensmännern für die Auswahl der Schöffen und Geschworenen werden die Genossen Schiffel, Schmiegel und Herr Scholz bestimmt. Dann begründet Genosse Kluge als Berichterstatter einen Antrag des Kreisaußenbüros, dem bekannten Garantiefonds für den Ausbau des

Vorortverkehr

mit 21 000 Mark beizutreten. Die deutschnationalen Abgeordneten Stener, Heul und v. Schönberg wenden sich sehr heftig gegen diese Vorlage, da nach ihrer Auffassung der Kreis an dem Projekt zu wenig interessiert ist. Zu wenig berücksichtigt ist nach einigen Hin und Her wird der Antrag zurückgestellt und dem Kreisaußenbüro aufgegeben, nochmals unter dem Gesichtspunkt einer besseren Berücksichtigung des Kreises Breslau zu verhandeln.

Angenommen werden dagegen die Anträge des Kreisaußenbüros auf Neubau von Kunststraßen von Niederhof nach Oberhof im Zuge der Breslau-Cantor-Strasse und von Klettendorf nach Zweibrücken, sowie auf Übernahme der Pflasterstraße Schötmig, Genosse Münchenberger-Schötmig bringt zur Sprache, daß zwischen Carlomag und Schötmig eine 155 Meter lange, jetzt auf städtischem Gebiet liegende Strassenstraße in einem geradezu skandalösen Zustand belassen werde, und erucht um Abhilfe. Weiter trägt er an, warum auf der Straße nach Pöhlmanns Pflastersteinen schon seit Jahr und Tag ungenützt herumliegen, so daß bei schlechter Witterung Schötmig nur mit dem Fingerring zu erreichen sei. (Seiterzeit.) Kreisrat Ithilo beantwortet die Anfrage und teilt mit, daß die Stadt Breslau die in Frage kommenden Unterlagen, sowie Bauarbeiten für die fragliche Straße erhalten habe. Eventuell müßte Beschwerde bei dem Polizeipräsidenten als Aufsichtsinstanz eingeleitet werden. Die Steine auf dem Wege nach Pöhlmanns liegen offenbar durch Verschulden des Wegebauverbandes ungenützt, der montiert würde. Der Übernahme eines Teils der Unterhaltungskosten der Weibrückstraße im Karmel-Hausenau wird zugestimmt, die Übernahme der Chaussee-Stein-Klosterstraße von der Stadt Breslau dagegen auf Antrag der Sozialdemokraten abgelehnt. Angenommen werden dann ohne weitere Debatten verschiedene Anträge des Kreisaußenbüros auf Garantieübernahme für die Unterhaltung der Pflasterstraße Klein-Oltajin, Aufnahme von Staatsdarlehen in Höhe von 94 601,96 Mark für

Notstandsbauteil

Erwerb des Restanteils an der Ziegelei Stabelwig und Verpachtung der Ziegelei an die Schlesiern Tonwerke bis 31. Dezember 1929 für 30 000 Mark Pachtzins pro Jahr, wovon allerdings 15 375 Mk. Zinsentgelt zu Lasten des Kreises abzuführen sind; weiter eine geringfügige Änderung der Schankerlaubnis-Steuerordnung, der Hundesteuerordnung und der Inventarsteuerordnung.

Schließlich erucht Abg. Genosse Biewald den Landrat, für eine

Verlängerung des Lodenjahres

auf dem flachen Lande einzutreten, und Abg. Kawroth (Jtr.), den Jahreszeiten die Kennzeichnungsung in einer Form vorzuschreiben, die auch dem gewöhnlichen Bauern Anzeigende bei Regenradbeschädigungen ermögliche. — Um 2 Uhr wird der Kreisrat vom Landrat geschlossen.

Der Breslauer Kreisrat zeigte nicht nur augenfällig die erweiterten Wirksamkeitsmöglichkeiten durch die verstärkte Mandatszahl, sondern auch des täglichen und fruchtbringenden Arbeitens unserer Genossen, während bei den Bürgerlichen von einer wirklichen Anteilnahme an den Beratungen kaum die Rede sein konnte. Ueber Bedenken gegen sozialdemokratische Anträge kamen die bürgerlichen Redner nicht hinaus. Festgehalten sei das bemerkenswerte enge Zusammenwirken des Kreis-Bürgertums, das sprechend in den durchweg gemeinsamen Voranschlagslisten von Deutschnationalen und Zentrum zu den verschiedenen Körperschaften mit alleiniger Ausnahme des Kreisaußenbüros, zum Ausdruck kam.

Jedenfalls allerdings und allzu sehr unter dem Gesichtswinkel einer einzigen Berufs-Kategorie gesehen, erscheint uns der Vorstoß des Genossen Biewald gegen den 7-Uhr-Lodenjahr als unbefriedigend, daß es für den Landarbeiter, dessen Familie mit zur Arbeit geht, schwierig ist, zur Tageszeit einzukaufen. Aber auf der anderen Seite steht, abgesehen von den nicht geringen Ausnahmefällen, ein jahrzehntelanger Kampf der Angestellten am Sonntag und 7-Uhr-Lodenjahr, der durch Durchbrechungen der zwingenden Gesetzesvorschriften auf dem Lande, in kleineren und großen Städten auf das Ausgehende gefährdet wird. In Bayern hat vom flachen Lande ausgehend, die Ausnahmeprozesse zu direkten Verletzungen geltender reichsgesetzlicher Bestimmungen geführt, was einen föhrlbaren Rückschlag in dem Arbeitszeitkampf der Angestellten bedeutet. Doch ist ein deutschnationaler Vertreter diesem Vorstoß prompt antwortend, macht ihn nicht empfehlenswerter.

Mus Schlesien „Das uneheliche Kind und die Volkswacht“

Konnte man dieser Tage in riesigen Lettern als erste Ueberschrift eines kannten Breslauer Sensationsblattes lesen. Wer daraufhin eine Nummer dieser Zeitung, die sich im Inferatenteil bemerkenswerterweise zur Geschäftermittlerin für die Kommu-nistische Pseudog-Druckerei entwickelt, kaufte, wurde ziemlich enttäuscht, denn er mußte bis zur dritten Seite blättern, bis er hier unter der idiotischen Ueberschrift „Sozialismus und Erotik“ einen Artikel fand, der sich in seiner, recht ausführlichen, Einleitung wie eine Polemik der „Freien Meinung“ gegen sich selbst ausnimmt. Schließlich aber, wer Schuld hat, kommt zum Ziel, gelangt man auch zum Kern der Sache, nämlich zu dem Vorwurf, daß die „Volkswacht“, obwohl ein sozialistisches Blatt, die Unehelichkeit eines Kindes „angeprangert“ habe. Dabei wird natürlich, um mit dem deutlich erkennbaren Verfasser zu sprechen, der Komplex „Erotik und Wochenspiegel“ berücksichtigt, indem man „aus eigener Erfahrung“ über die Erziehung von „Volkswacht“-Redaktoren seufert und für das sensationslüsterne Epischerpublikum dieses Blattes richtig gewürzt zu verstehen gibt, daß es auch bei den Sozialdemokraten uneheliche Kinder gebe. Für die Arbeiter, die die „Volkswacht“ lesen, ist das allerdings fürchterlich gleichgültig, denn sie beurteilen ihre Funktionäre nicht nach ihrer ehelichen oder unehelichen Geburt, sondern nach ihren menschlichen und im Kampf der Arbeiterschaft um Recht und Menschenwürde bewiesenen Eigenschaften.

Das ganze Geschwätz bezieht sich auf eine, überdies von dem Weltblatt falsch zitierte Einsendung (!) des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Cafe-Angestellten, die als solche deutlich gekennzeichnet war und — es handelte sich um die Hoteldirektorin, die in Hindenburg ein Dienstmädchen wegen einer Lappalie in den Tod getrieben hatte und von der Gewerkschaft „alter Bekanntheit“ etwas näher beschrieben wurde — folgenden Satzes enthielt:

„Frau Direktor Scheller ist bei den Gastwirtsgehilfen keine unbekannt Person. Sie hatte unter anderem jahrelang die Regie des ehemaligen Residenz-Hotels in Breslau und ist den weiblichen Angestellten dieses Unternehmens in besonderer Erinnerung geblieben. So hatte sie beispielsweise, womit sich die „Volkswacht“ bereits einmal beschäftigen mußte, von Mädchen, die eine Nachtvermittlung solche sind im Gastwirts-gewerbe, das keine andere Zeit freiläßt, üblich) besuchten, die Schließeln gesperzt und ihnen zugemutet, die Nacht auf der Straße zu verbringen. Erst durch das Eingreifen der Organisation und der Schutzpolizei wurde die Dame befreit, daß in Deutschland ein Koalitionsrecht besteht und die Angestellten in die Verammlung gehen können, wenn es ihnen paßt. Einem alten Hoteldiener, der in der Infanterie Frau Scheller sein Leid klagte, entgegnete sie (Frau Scheller ist Ausländerin) ganz trocken: „Die Deutschen, die müssen erst noch Schühlerer freisen lernen, dann soll es ihnen besser gehen.“ Frau Scheller konnte aber auch anders. Als ihre Tochter ein Kind bekam, schaffte sie sie schnell in ein Entbindungsheim nach der Schweiz. Hier handelte es sich allerdings um kein Proletarierkind, sondern um das eines Hoteldirektors, die, wenn sie nicht aufpassen, auch uneheliche Kinder bekommen sollen.“

Deswegen also an der Spitze Spalten schöngestigter Schmus über Sittlichkeit im Sozialismus und eine sechs Cetero hohe Ueberschrift auf der ersten Seite.

Die Schlußfolgerungen überlassen wir getroffen unseren Lesern.

Es existiert garnicht!!

Nämlich das uneheliche Kind, dessenwegen sich die „Freie Meinung“ in ihrem seelischen Gleichgewicht gestört fühlte. Während die obigen Zeilen in Druck gingen, erhielten wir ein Schreiben von Fräulein Gertrud Scheller, die besser wie der „Chefredakteur des Breslauer Weltblattes begriffen hatte, daß wir hier eine Zuschrift wiedergegeben haben, die folgende Berichtigung enthielt:

- Es ist nicht wahr, daß ich in der Schweiz in einem Entbindungsheim oder ähnlichem Institut gewesen bin.
- Es ist nicht wahr, daß ich jemals ein Kind bekommen habe.
- Wahr ist, daß ich ein Jahr lang (1924) in der Schweizerischen Kreditanstalt in Zürich als Buchhalterin tätig war. Wir nehmen hiervon gerne Kenntnis. Bezüglich ist diese Frage nur für Fräulein Scheller. Für uns handelt es sich lediglich um die Arbeitgeberinnen ihrer Mutter, die ein Proletarier-mädchen in den Tod getrieben haben.

Tabakgegner-Tagung in Schlesien

Der Bund deutscher Tabakgegner hält Anfang August seinen Bundesstag in Schlesien ab. Mit der in der „Weißen Schlei“, Breslau, Alte Taidenstrasse 20, stattfinden Tagung sind mehrere öffentliche Vortrage und eine Ausstellung zur Tabakfrage verbunden. Der Bund bezweckt die Bekämpfung des Rauchtums, schützt die Rechte der Nichtraucher, verbreitet Schriften, Flugblätter, eine Bundeszeitschrift, Lichtbilder und Anschauungs-bilder zur Tabakfrage und ist über ganz Deutschland verbreitet. Näheres über den Bund und die Breslauer Tagung ist von der Geschäftsstelle in Dresden-L. 20, Goldroder Strasse 17, zu erfahren.

Die 34. Bienenwirtschaftliche Provinzial-Ausstellung

die vom 28. bis 31. Juli in Liegnitz stattfindet, wird überaus stark besucht sein. Dr. Schaeffel-Liegnitz spricht über das Thema „Honig als Volksmittel“ in der Vertreterversammlung. Das Programm steht u. a. auch einer Sehenswürdigkeit, einer Unterkünder- und verschiedene Beschäftigungen vor.

Waldbrände in Polnisch-Schlesien

In den letzten Tagen wurde, wie die Telegraphen-Union meldet, Ost-Oberschlesien wiederholt von Waldbränden heimge-sucht, die sich bei der Trockenzeit schnell verbreiteten und erheblichen Schaden anrichteten. So wurden in der Gegend von Neu-Haritz im Kreise Lublitz 15 Hektar Hochwald ver-nichtet. Ebenso wurden durch unvorsichtiges Feuertreiben im Walde von Ruffow etwa 15 Morgen Waldwiesen und Baum-bestände in Brand gesetzt und zerstört. Auch aus anderen Teilen der Wojewodschaft treffen Meldungen über Waldbrände ein, die zum Teil durch Funkenauswurf von Lokomotiven verursacht wurden.

Zum Alltag u. zum Feste
bleibt Christ's Brot
doch das Beste!

Waldenburg. Vom Schlauchfeld der Arbeit. Bei Streichen von Kohren schlug auf der Danziggrube die kochende Asphalt-Masse beim Eingießen in einen Kibel empor, wobei ein Arbeiter mit der siedenden Masse übergossen wurde. Der ganze Oberkörper des Mannes war mit einer zentimeterstarken Schicht Asphalt bedeckt. Die Verbrennungen sind derart, daß an den Auswirkungen des Verunglückten gezweifelt wird.

Wülfelsburg. Sein eigenes Unwefen angezündet. Dieser Tage brannte das Anwesen des Arbeiters Karl Burdich aus Passendorf völlig nieder. Es konnte nur wenig gerettet werden. Jetzt ist die Ehefrau des Abgebrannten unter dem Verdacht verhaftet worden, das Anwesen in Brand gesetzt zu haben. Burdich hatte im Frühjahr seine Wohnung an den Forstjäger ver-lauscht, doch war ihm Wohnrecht eingeräumt worden.

Gieraltowitz. Kr. Josef. Was ist Sünde? Herr Schymur-der hiesige Ortsparfänger, ist ein gar gottesfürchtiger Herr, der eifrig über dem Seelenheil, insbesondere seiner weiblichen Schul-beschulung, wacht. So fragt er die Frauen im Beichtstuhl (!) ob sie — bei dem (+++) sozialistischen Vergnügen gewesen sind, ob sie (+++) sozialdemokratische Versammlungen besucht hätten und ob sie etwa gar — sozialdemokratisch gewählt hätten. Wenn nun die Frauen wahrheitsgemäß mit ja antworten, so fragt der Gottesstreiter, ob sie denn nicht wüßten, daß das eine große Sünde (!) sei. Frauen, die nur zur Antwort gehen, daß sie mit ihren Männern im Wirtschaftskampfe Schulter an Schulter stehen müßten und ihre Männer unterstützen müßten, was sie doch auch am Altar gelobt haben, erfahren von Herrn Schymur zur Antwort, daß sie keine Losprechung bekommen könnten. — So erfahren die Bewohner von Gieraltowitz, was Sünde ist.

Kandzin. Eine Frau aus dem fahrenden Zug geworfen. Als am Freitag der fahrplanmäßig um 20,22 Uhr Kandzin verlassene beschleunigte Personenzug sich etwa 500 bis 600 Meter in voller Fahrt befand, warf ein etwa zwanzigjährige Mann nach einem Wartwechsel eine Händlerin aus Hindenburg aus dem fahrenden Zuge. Von den Fahrgästen wurde sofort die Notbremse gezogen und der Lärter am Entweichen verhindert. Diese wurde von Bahnbeamten nach Kandzin zurücktransportiert. De-hinausgeworfene Händlerin war glücklicherweise nichts Ernst-haftes geschehen, so daß auch sie zum Bahnhof zurückkehren konnte.

Landkreis Breslau

Neumarkt. Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Dienstag, den 24. Juli, 7,30 Uhr, im Saale zum „Gelben Löwen“ außerordentliche Mitgliederversammlung. Referent: Kollege Langner-Breslau. Kein Mitglied unserer Organisation darf fehlen. Sorgt für guten Besuch.

Arbeiter-Sport

Arbeiter-Sportklub Breslau. Heute abend, 7,30 Uhr, Kartellvorstandssitzung im Kartellbüro. Ab 8 Uhr bis 7,30 Uhr werden die Keilsteinvorschuße zu den Kinderferienwanderungen ebendort ausgezahlt.

Freie Turnerschaft Breslau, 6. Frauenabteilung. Mittwoch, den 25. Juli, abends 8 Uhr, Versammlung bei Lerche, Hübener-straße.

Freie Turnerschaft Breslau, E. B., 2. Schülerabteilung. Sämtliche Schüler, welche an der Wanderung in das Eulenberg teilzunehmen, müssen dies am Dienstag auf der Turnhalle Brodau-Strasse melden. Dauer der Wanderung vier Tage.

F. T. V., 7. Abteilung. Mittwoch, den 25. Juli: Training sämtlicher Leichtathleten, Männer und Jugend, außerdem Besprechung der Sportleiter und Mannschaffsführer auf dem S. S. -Platz, Klein-Waldern.

F. T. V., 6. Abteilung. Freitag, den 27. Juli, nach dem Turnen bei Almann: Wichtige Handball-Versammlung der 1. Mannschaff.

Kraftsport-Vereinigung „Wet 21“. Donnerstag, den 26. Juli, abends 8 Uhr, beginnen die Wetkämpfe der Vereinsmeister-schaften im Ringen und Gewichtheben. Die Kämpfe werden in der Turnhalle Lehrerseminar Wildenstrasse ausgetragen. Gäste haben Zutritt.

S. S. „Koleiden“, E. B. Für die Kinder des Vereins wird am Montag, den 30. Juli, ein Tagesausflug nach dem Schleiher-tal veranstaltet. Kosten entziehen den Kindern nicht. Ver-pflegung für den Tag ist mitzunehmen. Meldung hierfür bis Donnerstag in den Abteilungen. Die Ausgabe der Teilnehmer-karten erfolgt Freitag. Dabei wird alles Nähere über Abfahrt und Ankunft mitgeteilt. — Dienstag erfolgt in den Abteilungen das Training für die Obergymnastik. Wer an diesem Training nicht teilnimmt, darf zum Obergymnastik nicht starten. — Donnerstag müssen sämtliche Wasserballmannschaffsführer um 7 Uhr im Pojeidonbad sein. — Meldungen für das Schwimmfest in Beuthen müssen ebenfalls bis Donnerstag ab-gegeben sein. — Die Karten für die Obergymnastik fahren Freitag zur Ausgabe. Der Preis beträgt für Erwachsene 2 Mk., Kinder die Hälfte. Sorge jedes Mitglied für genügende Beteiligungen.

F. T. V. Breslau „Südost 1919“, E. B. Am Freitag, den 27. Juli, in Klettendorf im Vereinslokal bei Conrad eine außerordentliche Mitgliederversammlung. Anfang 20 Uhr, wichtige Tagesordnung, betr. Ausstellung zur neuen Serie, nur wer an-weisend ist, wird berücksichtigt.

„Naturfreunde“-Jugend. Am Mittwoch sind wir alle im Heim der Wanderhunde — Pechdamm. Außenwiese fallen weg; dafür spricht bei uns Genosse Schramm über „Die französische Revolution“. Wir wollen gleichfalls die Nachwahl der aus-geschiedenen Funktionäre vornehmen.

Der Landkreis fällt für Donnerstag aus. Alles Weitere Mittwoch im Heim.

Turnerische Verein „Die Naturfreunde“, E. B. Mittwoch, den 25. Juli, abends 8 1/2 Uhr, Gewerkschaftsraum: Zusammen-kunft aller Zürichfahrer. Geld für die Fahrt (84,20 Mark) ist mitzubringen.

„Freie Menschen“. Wir treffen uns Dienstag um 19 Uhr in Dsitz zu Spiel und Sport.

Amliche Devisenkurse der Berliner Börse

vom 23. Juli.			
1 Pfund Sterling	20,345	100 franz. Francs	16,375
1 Dollar	4,186	100 ösch. Kronen	12,407
100 belg. Gulden	168,39	100 Schweizer Francs	80,58
100 Belg. = 500 Franken	59,295	100 Pieltas	69,08
100 norm. Kronen	111,81	100 schwed. Kronen	112,02
10 Dorsig. Gulden	81,34	100 Veng.	72,93
100 Lire	21,92	100 österr. Schilling	58,02
100 dan. Kronen	111,85	100 Zlatn	46,925

Breslauer Produktenerbörse vom 23. Juli.

Amliche Notierungen der an der Breslauer Produktenerbörse vom 23. Juli 1928 gezahlten Preise in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung (nur für Kar-toffeln gilt der Erzeugerpreis ab Erzeugerstation) frachtfrei Breslau in vollen Waggonladungen. — Tendenz: Getreide: Ruhig. — Delsaaten: Sehr ruhig. — Kartoffeln: Abwärts. — Mehl: Ruhig.

Tägliche amliche Notierungen (100 kg)			
Getreide (r. H.) 21.	22.	23.	20.
Weiz. 74ke C.G.	25,00	25,00	Müll. Art und
Roggen 71ke	25,50	25,80	Güte leht. Ernte
Hafer	24,50	24,50	Winterans
Erbsen gelbe	—	—	Veinansen
Erbsen gelbe	—	—	Sensamen
Induriegeweine	—	—	Hanilansen
einchl. Winterg.	20,50	20,50	Blauwoll
Weizen	—	—	
Roggen	—	—	

Spezial-Kartoffeln: (Erzeugerpreise) inländische Frühkartoffeln 4,50 Mk. Amliche Notierung für Mählenerzeugnisse (je 100 kg)

vom 23. Juli.			
Weizenmehl	35,25	Auszugmehl	41,50
Roggenmehl	36,50		41,50

Die Preise verstehen sich bei Weizen- und Roggenmehl für Type 70 Proz., feiner werden höher bezahlt.

Das 20. Jahrhundert!

Das Schreckensregiment im rumänischen Festungsgefängnis — Der „stehende Sarg“ — Ohne Bett und Britsche — Rindermilchhandlungen

Die Verschärfung des Schreckensregiments gegen die politischen Gefangenen im rumänischen Festungsgefängnis Jilava, die anfangs Februar eingesperrt hat, geht weiter. Die Verurteilten werden isoliert gehalten, in dunklen Kerkern, aus denen sie nur dreimal des Tages je eine Viertelstunde herausgelassen werden.

In Jilava haben sich die politischen Gefangenen durch häßliche Hungerstreiks ein Regime erkämpft, das zwar noch lange nicht menschenwürdig ist, aber wenigstens keine ununterbrochene Gefahr für das Leben bedeutet.

Seitdem hat sich auch die Lage der Gefangenen in Dostana sehr verschlechtert. Mehrere, darunter auch der Ingenieur Alexander Guraw, der bekanntlich infolge Mißhandlungen zum Krüppel geworden ist, wurden in die „Abteilung H“ gesteckt.

Von den Anklagen der „Verschwörung“ von Galatz Verhafteten sind noch immer 20 Arbeiter im Gefängnis. Die Verhafteten wurden grausam auf die Fußsohlen geschlagen.

Eine Kindesentführung in Berlin

Ende der vergangenen Woche wurde in Berlin der dreijährige Sohn eines Gastwirts entführt. Das Kind konnte bis heute trotz unermüdlicher Ermittlungen der Kriminalpolizei noch nicht aufgefunden werden.

Das dreijährige Kind ist der Sohn eines ehemaligen Schupo-Beamten Nicolaï, der jetzt in der Gernerstraße eine Gastwirtschaft unterhält. In seinem Lokal verkehrte seit einiger Zeit eine junge Frau.

Wie die Berliner Kriminalpolizei heute morgen meldet, ist es ihr gelungen, den Knaben wieder herbeizuschaffen. Die Entführerin ist eine 27 Jahre alte Lina Karow, die wahrscheinlich unter dem Zwang eines krankhaften Muttertriebes gehandelt hat.

Todessturz eines Rennfahrers

Der Motorradrennfahrer Alfred Gabelmann, der durch seine Fahrt nach Kairo bekannt geworden ist, erlitt bei einem Zusammenstoß mit einer Radfahrerin in der Nähe von Leipzig einen Schädelbruch.

Ein Arbeitgeber als Betrüger

Ein hiesiger Kaufmann hatte längere Zeit seinen Anstellten die Beiträge in Höhe von 2000 Mark für die Krankenversicherung einbehalten, ohne sie an die Ortskrankenkasse abzuführen.

mögenslage und behauptete, er sei mit der Ortskrankenkasse übereingekommen, die rückständigen Beiträge in Raten abzugeben. Bis heute ist aber der Angeklagte jede Rate schuldig geblieben.

2 Todesopfer durch Kreuzotterbiß

Auf der Chaussee Berlin-Brandenburg, die durch die Köpenicker Heide führt, wurden ein Knabe und ein Mädchen eng umschlungen auf der Erde liegend tot aufgefunden.

Die französischen Ozeanflieger auf den Azoren gelandet

Wie aus Horta auf den Azoren gemeldet wird, ist der französische Fliegerleutnant Paris mit seinen Begleitern im Flugzeug „La Fregate“ Montag morgen dort gelandet.

Straßenschlacht im Regenviertel

Wie die „Vossische Zeitung“ aus New York meldet, kam es in Harlem, dem Regenviertel der Stadt New York, zu einer Straßenschlacht zwischen der Negerbevölkerung und 150 Polizisten.

Wassernot in der Oberpfalz

In einzelnen Teilen der Oberpfalz ist infolge der großen Hitze eine bisher beispiellose Wassernot zu verzeichnen. In den Dörfern des Jura sind zum Beispiel sämtliche Brunnen ausgetrocknet.

Im Spaz ertrunken

Wie aus Glinde gemeldet wird, ertranken dort zwei junge Männer bei einem Ausflug mit einem Motorjäger. Drei junge Leute hatten Spaz halber im Boot Platz genommen.

Hochbahnunglück in Boston

Am Sonnabend ereignete sich hier ein schweres Hochbahnunglück. Zwei Wagen eines Hochbahnzuges sprangen aus den Schienen.

Opfer der Berge.

Aus München wird gemeldet: Die Berge haben am Sonntag zwei Opfer gefordert. Im Wilden Kaiser stürzte der Münchener Referendar Karl Högginger von der Karl-Spitze ab.

Nichts für sie!



„Auf den Bergen, hat der Schiller gesagt, wohnt die Freiheit. Ich denke, München, wir lassen unsere Finger davon.“

Rheingold

Märchen der Wirklichkeit

Eine vor einiger Zeit angestellte Berechnung hat ergeben, daß das Wasser des Rheins in jedem Kubikmeter 0,02 Milligramm Gold enthält. Durch den Rhein werden also dem Meere alljährlich viele Hunderte Kilogramm Gold zugeführt.

Hunde als Badegäste

Aus dem Ostseebad Ahlbeck wird dem „Vorwärts“ geschrieben: Nicht von dem Kleiderluxus soll geredet werden, der in den Badebädern getrieben wird.

„Ein Abend am Rhein“ — mit schwarzweißen Fahnen natürlich, Italiensische Nacht mit wundervoller Dekoration, Wettrennen mit Prämienverteilung.

Man führt seine Hunde in das Seebad. Es soll den Wierführern wirklich nicht geneidet werden, wenn sie ihren Herrn auf der Badereise begleiten dürfen.

Auf der Kurpromenade führt ein junges Mädchen ein Koppel von Dackeln, drei Stück, spazieren. Man überredete die Dackel verursachen Transportkosten, verlangen entsprechende Beförderung.

Zugzusammenstoß.

Im nördlichen Teil von Pommerellen hat sich auf der Strecke Randschwin-Karthaus zwischen den Stationen Garz und Proßau unweit der Danziger Grenze ein Zusammenstoß ereignet.

Holztaubexplosion in einer Pianofabrik.

Am Sonntag vormittag ereignete sich in einer Pianofabrik in Neudöhlen eine Explosion von Holztaub, durch die der Holzraum zerstört und mehrere Wände eingedrückt wurden.

Vulkanausbruch auf den Philippinen.

Wie aus Manila gemeldet wird, befindet sich der Mayon-Vulkan in starker Tätigkeit. Große Lavamassen ergießen sich aus dem Krater.

Dreißiger Raubüberfall in Bochum

In der Nacht zum Montag drang ein noch unbekannter Täter durch ein zertrümmertes Fenster in eine Wohnung ein. Als die Wohnungsinhaber durch Geräusche erwachten, schlug er mit einem Hammer auf sie ein und verletzte beide schwer.

96 000 Ausländer in Berlin.

In der Reichshauptstadt weilen nach einer amtlichen Statistik gegenwärtig 96 000 Ausländer, die im Deutschen Reich beruflich oder geschäftlich tätig sind.

Bom Eizuge erfaßt und getötet.

Kurz vor der Einfahrt in den Bahnhof Karzel bei Dortmund wurden ein Koffenführer aus Dortmund und ein Arbeiter aus Wanne-Eickel bei Abfahrtsort von einem Eizuge erfaßt und sofort getötet.

Arbeit und Wirtschaft

Der Bundestag in Hamburg

Anträge der Ortsausschüsse

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat jetzt das ausführliche Programm für den 13. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands, der am 8. September 1928 in Hamburg stattfinden soll, veröffentlicht. Den Bericht des Bundesvorstandes wird der Bundesvorsitzende, Theodor Lipart, geben. Der stellvertretende Bundesvorsitzende Hermann Müller, Lichtenberg spricht über Vereinheitlichung und Selbstverwaltung in der sozialen Gesetzgebung. Dem neuen Bildungssekretär des Bundes, Otto Hehler, ist die Aufgabe zugefallen, neue Wege für die Bildungsbestrebungen der Gewerkschaften zu weisen. Das Kernstück der Veranstaltung scheint jedoch ein Vortrag Fritz Kaphrals über die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie zu werden zu wollen. Allgemein erwartet man in Gewerkschaftskreisen, daß der Hamburger Kongress verschiedene Fragen der Wirtschaftsdemokratie aus der Atmosphäre der bloßen Erörterungen in die der Verwirklichung überführen wird. Vorbereitungen dazu sind von langer Hand getroffen worden und wie wir erfahren, wird der A.D.G.B. die in Aussicht stehenden Hamburger Debatten über die Probleme der Wirtschaftsdemokratie durch eine großzügige Veröffentlichung, die u. a. Aufsätze bekannter Gewerkschaftsführer über die einschlägigen Probleme enthält, unterstützen.

Zu dem bereits vorgelegten Bericht des Bundesvorstandes haben verschiedene Ortsausschüsse Anträge eingereicht. Sie hängen alle in irgendeiner Weise mit den großen Ereignissen in der deutschen Industrie, der Rationalisierung, zusammen. Es zeigt sich, daß die wirtschaftsrechtliche Umstellung mit ihren ungeheuren Anforderungen an die Arbeitskraft und an den Arbeiter einen tiefen Eindruck auf die Arbeitererschaft gemacht hat. Sie ist tieflich nach dem Weltkrieg ihr größtes Erlebnis und hat sich tief in das Bewußtsein der Lohnarbeiter eingegraben. Die Notwendigkeit der Umstellung wird nirgends geleugnet; in den vorliegenden Anträgen ist auch nicht die geringste Spur einer grundsätzlichen und allgemeinen Ablehnung zu finden, wie sie z. B. vor dem Kriege das Taylor-System durch die organisierte Arbeiterkraft erfahren hat. Der deutsche Qualitätsarbeiter, wie er in den Jahren nach dem Kriege geworden ist, scheint praktischer und selbstbewußter zu denken als der Arbeiter vor dem Kriege; frei von der Romantik der Maschinenfähererei, fragt er nach den Erfolgen der Rationalisierung und meldet seine Forderungen an. Sie erstrecken sich in erster Linie auf eine Verkürzung der Arbeitszeit, wobei ausdrücklich auf die erreichte Leistungssteigerung und auf die Desorganisation des Arbeitsmarktes, die unter Einfluß der Rationalisierung erfolgt sind, hingewiesen wird. Der Metallarbeiterverband Leipzig verlangt zum Beispiel die 44-Stundenwoche. Ähnliche Forderungen werden in Düsseldorf und in Essen aufgestellt. Außerdem liegen Forderungen vor, die Ferienzeit für Arbeiterinnen und Arbeiter gesetzlich auf 14 Tage zu erhöhen.

Alle diese Wünsche und Anträge sind der soziale Reflex des deutschen Rationalisierungsprozesses. Das deutsche Unternehmertum tut gut, sich frühzeitig damit vertraut zu machen.

zu machen, daß der Achtstundentag ein Anachronismus ist, ein Programm der Gewerkschaften, den die rasend schnell fortschreitende Technik überholt. In diesem Sinne ist es von Bedeutung, daß in Nordamerika, wo der Rationalisierungsprozeß weiter fortgeschritten ist als bei uns, viele Versuche zur Einführung der 36-Stundenwoche, also des Sechsstundentages als Normalarbeitszeit, unternommen sind. In Amerika konnte dieser Ubergang nur nach heftigen Kämpfen — die Textilindustrie New Yorks führte deshalb einen wochenlangen heftigen Streik — vollzogen werden. Er ist auch nur in den Branchen gegliedert, wo die Rationalisierung überaus greifbare Erfolge erzielte. Auch bei uns hängt die Erfüllung der auf Grund der Rationalisierung aufgestellten Arbeitszeitwünsche natürlich von dem Erfolg der Rationalisierung ab. Betrachten wir den Verlauf der deutschen Rationalisierung nach dieser Richtung, so ist festzustellen, daß in vielen Branchen die Dinge so weit gediehen sind, um die Arbeitszeit an eine veränderte, gesteigerte Produktivität anzupassen.

Die größeren Anforderungen an die Arbeitskraft, die die Rationalisierung der Betriebe bedingt, scheint auch zu der Forderung nach vermehrtem Schutz der jugendlichen Arbeitskraft geführt zu haben, die in einer ganzen Reihe von Anträgen niedergelegt ist. Verlangt wird u. a. Herabsetzung der Arbeitszeit auf 6 Stunden für alle jugendlichen Arbeiter, Angestellten und Lehrlinge bis zu 18 Jahren ohne Verminderung des Lohnes, Einräumung der Berufsschulzeit in die Arbeitszeit und die 44-stündige Ruhepause zwischen der Sonntags- und Montagsarbeit. Ueber die Berechtigung dieser Forderungen braucht wohl nichts gesagt zu werden. Auffällig ist nur, wie wenig sich die Anträge der Ortsausschüsse mit der veränderten Ausbildung der Lehrlinge beschäftigen, die bereits in vielen Betrieben am laufenden Band durchgeführt wird. An diese Art Ausbildung knüpfen sich zahlreiche unwillkommene Erscheinungen, die es schon recht fertigen, wenn sich der Hamburger Bundestag mit dieser Materie eingehend beschäftigt.

Auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung verlangen die vorliegenden Anträge Ausbau der Sozialversicherung und verstärkte Selbstverwaltung. Der Halbjahresverband Stuttgart fordert Auflösung der noch bestehenden Betriebskrankenkassen und ein Antrag des Zentralverbandes der Dachdecker will in Zukunft die Genehmigung zur Errichtung von Innungskrankenkassen davon abhängig machen, daß die Leistungen derselben (einschließlich der Familienfürsorge) nicht geringer sind als die der örtlichen allgemeinen Krankenkassen. Ein Antrag des Münchener Verkehrsverbandes will den A.D.G.B. beauftragen, an Stelle der von den Organisationen bereits eingeführten gewerkschaftlichen Alters- und Lebensversicherung eine alle Mitglieder umfassende obligatorische Alters- und Invalidenversicherung zu schaffen.

Stimmen aller Ortsgruppen gegen die von Brüssel und Genf für den Ausschluß Jacqemotte entschied. Die Brüsseler Delegierten erklärten darauf, daß ihre Ortsgruppe aus dem Verbandsausstreichen werde. Der Beschluß des Kongresses bedeutet einen sehr wichtigen Schritt auf dem Wege der Säuberung der belgischen Arbeiterbewegung von der kommunistischen Zellentreiberei.

Der Eisenbahnerstreik in Süd-China

hat unter dem Terrorismus der Behörden und der Verwaltung zu großen Unruhen geführt. In einzelnen Orten verfuhr die Menge, die Züge anzuhalten, worauf die Polizei mit gepflanzten Bajonetten vorging. Dabei wurden 22 Personen verwundet. In anderen Gegenden warfen sich die Streikenden vor die Züge. Als die Polizei sie zu entfernen versuchte, leistete die Menge Widerstand. Die Schutzmannschaften eröffneten darauf das Geschrei, wodurch zahlreiche Streikende getötet wurden. Auf Grund der Vorkommnisse hat die Regierung die Polizei durch Militär verstärkt.

Betriebseinschränkungen auf den Eisen- und Stahlwerken Hoechst in Dortmund

Dortmund, 24. Juli. Wie die Telegraphen-Union erfährt wird ab Donnerstag, den 26. Juli, auf den Eisen- und Stahlwerken Hoechst wegen Mangel an Aufträgen in allen Betrieben außer der Abteilung Drahtverfeinerung nur noch an vier Tagen der Woche gearbeitet werden.

Heimarbeiterinnen in der Breslauer Textilindustrie

Auf Beschluß des Fachausschusses für Hausarbeit, Abteilung Herstellung von Tapissierwaren sind Mindestentgelt für Hausarbeiter festgesetzt worden. Dieselben treten am 1. August 1928 in Kraft. Der räumliche Geltungsbereich dieser Festsetzung erstreckt sich auf den Bezirk der Abteilung 5. des Fachausschusses d. H., die Provinzen Nieder- und Ober-Schlesien, der persönliche Geltungsbereich auf alle Hausarbeiter, die mit der Herstellung von Tapissierwaren beschäftigt werden.

Die Heimarbeiterinnen, welche Tapissierwaren herstellen werden also gut tun, wenn sie sich an ihre Berufsorganisation wenden, um genau zu wissen, welchen Lohn sie zu bekommen haben. Heimarbeiterinnen, die Tapissierwaren herstellen, gehören als Mitglied zum Deutschen Textilarbeiterverband, dessen Geschäftsstelle für Breslau, Margaretenstraße 17, Zimmer 55, i. d. Stadt des Gewerkschaftshauses sich befindet.

Die Hilfsmaßnahmen der englischen Regierung für den Kohlenbergbau

Ueber die von der englischen Regierung zugunsten des Kohlenbergbaues geplante Hilfsaktion liegen jetzt nähere Mitteilungen vor; die einigermassen den Umfang des Hilfsplanes, der von Churchill ausgearbeitet worden ist, erkennen lassen. Insgesamt handelt es sich um zwei getrennte Maßnahmen. Einmal will man die Kohlenausfuhr durch Subsidien steigern; weiter kommt eine organisierte Umsiedlung (Auswanderung) arbeitslos gewordenen englischer Bergleute in aufnahmefähigen Gegenden des britischen Imperiums in Frage.

Die deutsche Wirtschaft ist besonders an dem Subventionsprogramm interessiert. Hier gebot das englische Schahamt, die Kohlenfrachten durch staatliche Zuschüsse zu verbilligen, und zwar in der Art, daß der Frachtpreis pro Tonne um 9 bis 11 Pence gesenkt werden soll.

Die Ermäßigung ist recht bedeutend. Es ist auch anzunehmen, daß sich das rheinisch-westfälische Kohlen Syndikat schon in seiner am 27. Juli in Essen stattfindenden Sitzung mit dem ganz unerwartet gekommenen englischen Schritt beschäftigen wird.

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ läßt sich dazu aus London melden, daß die neuen Kohlensubventionen in England dadurch aufgebracht werden sollen, daß die angekündigten Steuerermäßigungen, insbesondere die Ermäßigung der Gemeindesteuern, nicht durchgeführt werden.

Warenverkehr des Reiches

Das Reichsstatistische Amt stellt für den Monat Juni im reinen Warenverkehr eine Einfuhr von 1108,4 Millionen und eine Ausfuhr von 894,9 Millionen Mark fest. Das Gesamtergebnis verändert sich durch die Einfuhr von Gold und Silber in Höhe von 48,5 Millionen, während für 1,7 Millionen ausgeführt wurden. Im reinen Warenverkehr ergibt sich somit ein Einfuhrüberschuß von 213,5 Millionen gegenüber 191 Millionen im Monat Mai. Die Entwicklung der wichtigsten Posten geht aus folgender Zusammenstellung hervor:

	Juni 1928	Mai 1928	Juni 1927	1. Halbj. 1928
(in Millionen Reichsmark)				
Einfuhrüberschuß	213,5	191	450	1685,5
Fertigwarenausfuhr	685,1	676,4	559,2	4126,7
Rohstoffeinfuhr	579,7	566,9	602,4	3753,1
Lebensmitteleinfuhr	328,9	363,9	371,7	2075,2

Um eine Vergleichung zu ermöglichen, sei mitgeteilt, daß im Jahre 1927 der Passivsaldo 3294 Millionen Mark, die Lebensmitteleinfuhr 4350,4 Millionen, die Rohstoffeinfuhr 7149 Millionen und die Fertigwarenausfuhr 7549,5 Millionen Mark ausmachte.

Der größere Passivsaldo im Monat Juni dürfte sich vor allem durch die vermehrte Einfuhr von Lebensmitteln erklären. Hier spielt der in den ersten Sommermonaten immer ansteigende Import von Obst, Kartoffeln, Gemüse usw. eine Rolle. Die Rohstoffeinfuhr hat ebenfalls wieder zugenommen, wenn sie auch unter dem Stand des Vorjahres liegt. Eine Zunahme weist dagegen die Fertigwarenausfuhr auf, und zwar hat sie sich gegenüber dem Vorjahre um mehr als 100 Millionen Mark gesteigert.

Gefrierfleischzufuhr in unseren Nachbarländern

Wo bleibt die Juni-Einfuhr für Deutschland? Die geringe Menge zollfreien Gefrierfleisches, die uns nach der Herabsetzung des Kontingentes nach verblieben ist, genügt bekanntlich in keiner Weise, um die Fleischversorgung der Minderbemittelten zu gewährleisten. Die Fehlmengen durch die Einfuhr von verzolltem Gefrierfleisch zu ergänzen, ist aber unmöglich, denn der Zoll beträgt 45 Mark pro Doppelzentner! Die starke Behinderung, die die Einfuhr von Gefrierfleisch nach Deutschland erfährt, erscheint uns umso unverständlicher, wenn wir die Einstellung anderer Länder zu dieser Frage in Betracht ziehen. Unsere Nachbarländer Belgien, England, Dänemark lassen beispielsweise das Gefrierfleisch zollfrei ins Land. Auch vorwiegend landwirtschaftlich eingestellte Länder erheben nur einen mäßigen Zoll: Estland 8,13 Mark, Finnland 6,31 Mark, Jugoslawien 4,04 Mark, Litauen 4,16 Mark, Polen 7,03 Mark, Schweden 7,86 Mark pro Doppelzentner usw. Alle diese Nachbarländer haben sich längst davon überzeugt, daß Gefrierfleisch die einheimische Fleischproduktion nicht im geringsten gefährdet. Auch Russland, das in letzter Zeit selbst Gefrierfleisch exportiert, belegt seine Einfuhr nur mit einem Zoll von 10,44 Mark pro Doppelzentner. In Deutschland dagegen, das nachweislich keine Bevölkerung nicht mit Fleisch ausreichend versorgen kann, besteht noch immer der oben erwähnte hohe Prohibitivzoll von 45 Mark pro Doppelzentner. Diese, durch kein volkswirtschaftliches Argument gerechtfertigte und gerechtfertigte Zollpolitik muß grundlegend geändert werden. Die Forderung, die die breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung an den neuen Reichstag stellen, heißt deshalb: Fort mit dem Kontingent, freie Gefrierfleischzufuhr nach Deutschland für das kommende Volk!

Vorstandstagung des IGB.

Vorschläge zur Frage der Reorganisation.

Köln, 23. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes hält zurzeit in Köln eine Tagung ab. In seiner Montagssitzung hat er die Reorganisationsfrage eingehend behandelt und beschlossen, der Ausschussung im September folgende Vorschläge zu unterbreiten:

1. Der von den englischen Gewerkschaften vorgeschlagene Gewerkschaftssekretär Citrine soll an Stelle von Gids als Vorstandsmitglied gewählt werden. Sobald diese Wahl vollzogen ist, wird der Vorstand Citrine zum Vorsitzenden des Internationalen Gewerkschaftsbundes wählen. 2. Der Sitz des Internationalen Gewerkschaftsbundes soll bis zum nächsten internationalen Gewerkschaftskongress in Amsterdam bleiben. 3. Als Generalsekretär wird Sassenbach vorgeschlagen. Die mit der Reorganisation zusammenhängenden Fragen werden der Entscheidung des Ausschusses übertragen.

Außerdem beschäftigte sich der Vorstand mit der Vorbereitung der Internationalen Arbeitskonferenz im Jahre 1929. Auch hier soll dem Ausschuss Gelegenheit gegeben werden, alle mit den Konferenzen von 1928 und 1929 zusammenhängenden Fragen zu diskutieren. Dem Vorstand lag unter anderem auch ein Antrag Norwegen-Finnland vor auf Abhaltung einer bedingungslosen Konferenz mit der Roten Gewerkschaftsinternationale. In dem Antwortschreiben an die Antragsteller soll auf die Entziehung des Wiener Kongresses im Jahre 1924 hingewiesen werden, die auch durch die Pariser Konferenz im Jahre 1927 nicht abgeändert worden ist. Infolgedessen wird der Vorstand davon Abstand nehmen, dem Ausschuss die Einberufung einer solchen bedingungslosen Konferenz vorzuschlagen.

Die Erhebung über die Dauer der Arbeitszeit soll, wie bereits beschlossen wurde, in der ersten Oktoberwoche dieses Jahres vorgenommen werden. Dagegen wurde beschlossen, die Erhebung über die Arbeitslosigkeit innerhalb der Gewerkschaften selbst im Ausschuss zur Sprache zu bringen, aber im übrigen diese Erhebung bis zum Jahre 1929 zurückzustellen. Die nächste Vorstandssitzung soll am Tage vor der Ausschussung, das ist am Montag, den 24. September, in Amsterdam stattfinden.

Am Dienstag morgen werden die Verhandlungen fortgesetzt. Zunächst tagt der Vorstand des IGB. gemeinsam mit der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, um die Lage in Italien zu besprechen.

Gewerkschaftsbereinigung auch in Belgien

Brüssel, 22. Juli. Der Kongress des belgischen Angestelltenverbandes, der am Sonntag in Brüssel tagte, hatte über den Ausschluß des kommunistischen Abgeordneten Jacqemotte aus dem Verband zu beschließen. Die belgische Gewerkschaftsmission hatte vor einigen Monaten den Angestelltenverband aufgeschlossen, Jacqemotte und einen anderen Kommunisten wegen Zellenaktivität und disziplinwidrigen Verhaltens auszuschließen, aber aus der Gewerkschaftskommission auszuschließen, also zwischen ihr und den Kommunisten zu wählen. Die Leitung des Angestelltenverbandes wollte dieser Aufforderung nachkommen, aber die Brüsseler Ortsgruppe, der Jacqemotte angehört, widersetzte sich ihr. So kam die Frage vor den Kongress, der mit der

Streitbeschluß im Saarbergbau

Saarbrücken, 23. Juli. Die Revier-Tagung des freien Bergarbeiter-Verbandes des Saargebietes hat am Sonntag beschlossen, am 1. August in den Streik zu treten, wenn bis dahin keine Lohnerhöhung zugesagt worden sei.

Lohnbewegung der Bergarbeiter in Polnisch-Oberschlesien

Die Arbeitgeber in Polnisch-Oberschlesien haben die Forderung der Bergarbeitererschaft auf eine 30prozentige Lohnzulage abgelehnt. Die Ablehnung wird mit dem unverständlichen und provozierenden Hinweis begründet, daß bei der Reallohn im Bergbau seit 1914 um 26 Prozent gesteigert habe.

Bergarbeiter-Entlassungen in England

Die Cromwell-Kohlenbergwerke haben am Sonnabend wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten 2000 Bergarbeitern zum 3. August gekündigt.

Uchtung! Metallarbeiter!

Am kommenden Sonntag, den 23. Juli, findet für die Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes in allen Verwaltungsstellen die Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskongress statt. Gewählt wird in der Zeit von 10 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags. Das Mitgliedestimmrecht muß unter allen Umständen zur Wahl mitgebracht werden.

Die Wähler haben zu entscheiden über zwei Wahlvorschläge und zwar Liste A und Liste B. Der Wahlvorschlag B enthält Anhänger der Richtung Moskauer. Wer im Sinne aufstrebender Gewerkschaftsarbeit seine Stimme abgeben will, der entscheidet sich für den Wahlvorschlag A, beginnend mit dem Namen Timm. Ein richtig abgegebener Stimmzettel sieht wie folgt aus:

Deutscher Metallarbeiter-Verband



Liste A
Timm, Joh., Breslau
Ziegler, Hans, Breslau
Ersatzmann:
Thrun, Walter, Görlitz

Stimmzettel

Liste B
Hansen, Fritz, Breslau
Sitz, Carl, Schweidnitz
Ersatzmann:
Rischke, A., Hindenburg

Die beiden Listen haben das Charakter einer gebundenen Liste. Das abstimrende Mitglied hat sich mittels Durchkreuzen der nicht wählenden Liste für eine der Listen zu entscheiden. Ist dies nicht der Fall, ist der Stimmzettel ungültig.